

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199.

Dienstag, den 27. August 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Frage der Wahlunterstützung gegnerischer Parteien durch die Sozialdemokratie.

I.  
he. In Versammlungen sozialdemokratischer Organisationen wird gegenwärtig Propaganda dafür gemacht, den bevorstehenden Parteitag zu veranlassen, den Beschluß zu fassen, daß bürgerliche Parteien bei Reichstagswahlen seitens der Sozialdemokratie unter keinen Umständen unterstützt werden dürfen. Einige Organisationen haben Anträge angenommen, die diesem Verlangen Ausdruck geben und dem Parteitage unterbreitet werden sollen.

Es handelt sich da um eine Frage der Taktik, die in unserer Partei seit ihren Anfängen streitig gewesen ist, oft sehr lebhaft erörtert, aber bis jetzt ihre definitive Entscheidung nicht gefunden hat. Die Partei ist in diesem Punkte über einen bedauerlichen Zustand der Uneinigkeit, des Schwankens, der Uneinigkeit, der Inkonsequenz nicht hinweggekommen. Wie oft sie dazu auf ihren Tagungen auch Stellung nahm und Beschlüsse faßte — sie ist damit nicht zu einer festen, sicheren, einheitlichen Taktik gelangt. Und das, trotzdem die Partei im allgemeinen stets ein großes Gewicht gelegt hat auf die Entwicklung und Betätigung der Fähigkeit taktischer Anpassung an die gegebenen Verhältnisse und Umstände.

Die Frage, ob und inwieweit und unter welchen Voraussetzungen die Sozialdemokratie gegnerische Parteien bei den Wahlen zu unterstützen hat, war für die Partei gegeben, als vor nunmehr vierzig Jahren, die Bismarcksche Politik das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Reichstage des Norddeutschen Bundes brachte, das vier Jahre später auf das Deutsche Reich überging. War damals die Partei — kaum ihren ersten Anfängen entgegen und dazu noch in zwei Lager geteilt — auch noch schwach, vermochte sie gleich von 1867 bis 1870 nur fünf Mandate in Sachsen und im Rheinlande und 1871 gar nur eines in Sachsen zu erobern, so war ihre Stimmenzahl in manchen Kreisen doch schon beträchtlich genug, um bei Stichwahlen zwischen Kandidaten gegnerischer Parteien die Entscheidung herbeizuführen. Zwar errang sie 1871 nur ein Mandat, aber sie trat mit 101927 Stimmen auf den Plan, wovon 33289 auf Sachsen, 14493 auf die Rheinprovinz, 11182 auf Schleswig-Holstein, 7447 auf Hannover entfielen.

In der Partei gingen die Meinungen darüber, welche Stellung bei Stichwahlen der erwähnten Art einzunehmen sei, in zwei Hauptrichtungen auseinander. Die eine Richtung wollte Stimmhaltung unter allen Umständen. Das Wort, das später im Parteiprogramm Aufnahme fand, daß der Arbeiterklasse gegenüber „alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse“ seien, war zwar noch nicht geprägt, aber die Auffassung war vorhanden und sie kam in jener Richtung zum Ausdruck, und zwar war dies hauptsächlich im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein der Fall. Ja, hier trat sogar, allerdings nur vereinzelt, die Meinung hervor, daß es taktisch richtiger sei, die Kandidaten des Liberalismus, der Fortschrittspartei zc. zu Fall zu bringen, statt ihnen gegenüber den Kandidaten der konservativen Parteien zum Siege zu verhelfen — also letztere in der Stichwahl zu unterstützen. Man meinte, das sei geboten, „um der reinlichen Abrechnung mit dem falschen Liberalismus“ willen; es sei besser, „mit einem offenen, als mit einem versteckten reaktionären Element“ im Parlament zu rechnen. Tatsächlich hatte ja das Fortschrittlerium, der Liberalismus, sich gegenüber der jungen sozialdemokratischen Partei sehr viel feindseliger und boshafter erwiesen als der Konservatismus. Und Ferdinand Lassalle hatte seine Propaganda und seine Vereinsgründung parteipolitisch ja hauptsächlich gegen die Fortschrittler gerichtet, von denen er mit Recht sagte, sie seien „total unfähig zu jedem politischen Kampfe“, unfähig, dem Volke die politische Freiheit zu bringen. Die Liberalen rächten sich dafür an ihm dadurch, daß sie die Verleumdung verbreiteten, er sei „ein bemußtes und erkaufte Werkzeug der Reaktion“. Freilich hatte Lassalle in seinem im September 1863 zu Barmen, Solingen und Düsseldorf in Versammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gehaltenen Reden\*) unter Hinweis auf die bevorstehenden Neuwahlen zum preußischen Landtage erklärt:

„Haben wir auch kein prinzipielles Interesse an der bevorstehenden Wahlkampf, so haben wir doch ein sehr großes taktisches Interesse dabei, und dieses Interesse erfordert, daß Sie überall, wo der Sieg der Fortschrittspartei nicht ohnehin unbedingt feststeht, zu Gunsten — lachen Sie nicht, es ist mein völliger Ernst — zu Gunsten der Fortschrittspartei wählen! ... Wir unsererseits müssen dafür sorgen, daß nicht die Reaktion die Fortschrittler verschlinge ... damit sie sich vollends blamieren und ruinieren!“  
Man hat das ein Stück „Bosheitspolitik“ genannt. Und „Bosheitspolitik“ gegen die Fortschrittler war auch das, was später die vorerwähnte Richtung im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein wollte: die Unterstützung konservativer Kandidaten gegen fortschrittliche bei den Stichwahlen.

Die zweite Hauptrichtung empfahl die Unterstützung der politischen am nächsten stehenden Partei; auf jeden Fall aber sollte die Unterstützung der konservativen Parteien unterbleiben, von denen im Interesse der Demokratie nichts zu erhoffen. Nach unseren persönlichen Erfahrungen war diese Richtung unter den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins nicht minder stark vertreten als bei den „Eisenachern“. In der Regel wurde ihr praktisch genügt.

Aber es kam doch zu unliebsamen Differenzen darüber in der Partei, so daß die berufenen Parteioorgane sich genötigt sahen, zu versuchen, eine allgemein gültige Direktive zu geben. Zuerst geschah das auf dem ersten Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart (Juni 1870). Da wurde entgegen dem Antrag, zu erklären, „daß eine Vereinigung mit anderen Parteien uns stracks entgegen ist, und daß, wenn durch unsere Parteigenossen kein Resultat erzielt werden kann, sich dieselben der Wahl zu enthalten haben“, auf Vorschlag Bebel's beschlossen:

„Wo die Partei keine Aussicht hat, Kandidaten durchzubringen, oder durch die Wahl erheblich agitatorisch zu wirken, auch mit von anderen Parteien aufgestellten Kandidaten eine Verständigung nicht tunlich ist, haben sich die Parteigenossen, nach vorausgegangenem Verständigung mit dem Ausschuss, der Wahl zu enthalten.“

Das bezog sich sowohl auf Hauptwahlen, wie auf Stichwahlen und ließ für beide der Verständigung mit anderen Kandidaten Raum.

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins faßte in seiner Sitzung zu Hamburg am 6. Januar 1873 über das Verhalten der Vereinsmitglieder bei engeren Wahlen zwischen den Kandidaten anderer Parteien einen Beschluß, welcher besagt: daß die im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein konzentrierte sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands bei den Reichstagswahlen selbstständig vorgehen muß und bei engeren Wahlen nur mit der in politischer Hinsicht radikalsten Partei zu stimmen hat“ und „daß die ultramontanen, nationalliberalen, freikonservativen und konservativen Parteien vollständig identisch und reaktionär sind, denen unter keinen Umständen ein Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Stimme geben darf.“ Die Generalversammlung des Vereins stimmte diesem Beschluß zu, der die Frage der Unterstützung der Fortschrittspartei und der Deutschen Volkspartei (bürgerliche Demokratie) offen ließ, sie nicht verneinte, mit der Wirkung, daß die Unterstützung dieser Parteien in der Regel erfolgte. Der Beschluß erfuhr jedoch, zwar nicht durch formelle Abänderung, wohl aber infolge der Entwicklung der politischen Verhältnisse, eine Einschränkung. Der Kulturkampf begann; die Ara der Unnahmegesetzgebung brach an; der Ultramontanismus wurde von dieser Gesetzgebung zuerst betroffen und seine Partei, die Zentrumsparterie, wurde die von den reaktionären Gewalten, dem Konservatismus und Liberalismus als „reichsfeindlich“ verfolgte Partei; sie wurde in scharfer Opposition gegen diese Gewalten und Parteien gedrängt. Und da zugleich die Verfolgung der Sozialdemokratie durch dieselben Elemente sich verschärfte und zunahm, da auch ihr ganz unverblümt mit ausnahmerechtlicher Mißhandlung gedroht wurde, so war es durchaus natürlich, daß sie die Bestimmung, auch ultramontanen Kandidaten „unter keinen Umständen“ die Stimme zu geben, gar nicht innehalten konnte. Die Erwägung, daß es sowohl prinzipiell wie taktisch unbedingt geboten sei, für die Wahrung und Sicherung des gemeinen Rechts einzutreten, wozu sich sowohl die Sozialdemokratie wie die Zentrumsparterie bekannte, sowie überhaupt der Umstand, daß letztere in die Oppositionslinie gerückt war, bewirkten gegenseitige Unterstützung dieser Parteien bei Stichwahlen. Dieselben Umstände brachten die Deutsche Volkspartei in dieselbe Stellung zum Zentrum. Auf dem fünften

Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Eisenach (August 1873) war von einer Seite beantragt worden, daß bei engeren Wahlen, sowie da, wo durchaus keine Aussicht auf Durchbringung eines eigenen Kandidaten vorhanden, auch für Kandidaten der Partei gestimmt werden dürfe, welche sich zur Abschaffung der jetzigen Produktionsweise bekennen und versprechen, während der Dauer ihres Mandats nichts gegen die Partei zu unternehmen und gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen. Beschlossen wurde: die Partei habe „jedes Kompromiß mit anderen Parteien abzulehnen“. Damit war nicht gesagt, daß jede Unterstützung anderer Parteien bei Stichwahlen zu unterbleiben habe; es handle sich nur um die Abweisung förmlicher Wahlblindnisse.

Das aus der Einigung der Lassaleaner und der Eisenacher auf dem Gothaer Kongreß 1875 entstandene Programm der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ erklärte zwar, wie schon erwähnt, daß gegenüber der Arbeiterklasse „alle anderen Klassen eine reaktionäre Masse“, daß also auch die Parteien dieser Klassen gegenüber der Sozialdemokratie, der Arbeiterpartei, reaktionär seien. Damit war gewissermaßen die Theorie konstruiert, daß die Sozialdemokratie keiner bürgerlichen Partei Wahlhilfe zu leisten habe. Aber das durch die Macht der politischen Verhältnisse bestimmte taktische Handeln konnte dieser Theorie nicht entsprechen. Oppositionelle Zentrumsleute, Fortschrittler und bürgerliche Demokraten, welche die Gewähr boten, für politische Rechte und Freiheiten einzutreten, erhielten die Unterstützung der Sozialdemokraten bei Stichwahlen mit Kandidaten der reaktionären Parteien. Daran vermochten die fortdauernden Meinungs-differenzen in der sozialdemokratischen Partei gar nichts zu ändern.

Auf dem Parteikongreß zu Gotha im August 1876 wurde auf Antrag Hasenclevers und Bebel's beschlossen:

„Bei engeren Wahlen zum Reichstage, bei denen der sozialistische Kandidat ausgeschlossen ist, enthalten sich die Sozialdemokraten der Abstimmung, da alle anderen Parteien laut Programm uns gegenüber eine reaktionäre Masse bilden. In einzelnen speziellen Fällen jedoch, wo ein gegnerischer Kandidat in Frage steht, welcher wenigstens die politischen Forderungen der Partei und die in bezug auf den Schutz der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft aufgestellten Forderungen billigt, kann der Kandidat einer anderen Partei in engerer Wahl unterstützt werden, vorausgesetzt, daß die zur Leitung der Wahl seitens des Kongresses eingesetzte Behörde damit einverstanden ist.“

Letztere Bestimmung war von Bebel als Amendement beantragt worden. Es blieb also auch hier wiederum der freien Entschliebung, gegnerischen Kandidaten Stichwahlhilfe zu leisten, formell schon ein ziemlich weites Raum. Aber in der Praxis wurde aus Gründen, die wir eben dargelegt haben, aus zwingenden politischen Gründen, die Grenze noch weiter hinausgerückt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die bürgerliche Presse über den Stuttgarter Kongreß.

Es wäre schlimm um die sozialistische Internationale bestellt, wenn ihr die offizielle, junkerliche und bürgerliche Presse gute Zeugnisse ausstellen oder wenn sie selber nach dem Lobe ihrer natürlichen Gegner trachten würde. Es genügt also im allgemeinen, als normale Folgeerscheinung des Stuttgarter Kongresses und als Zeichen seines wohlvollbrachten Werkes die Tatsache zu buchen, daß Konservative und Liberale, Brotwucherer und Scharfmacher, Chauvinisten und Harmonieapostel, untereinander ein förmliches Wettstreiten veranstaltet haben, dessen gemeinsamer Gegenstand die Stuttgarter Tagung ist. Und auch das ist eine selbstverständliche, zum Überdruß bekannte, kaum mehr zur Heiterkeit reizende Erscheinung, daß die herabsetzenden Behauptungen, die die Gegner über die Sozialdemokratie und alle ihre Unternehmungen aufstellen, einander völlig entgegengesetzt sind, so daß die ganze Rechnung Null auf Null ausgeht. Während z. B. französische Blätter, „Figaro“, „Journal des Debats“ und hundert andere, die nun vollständige Entlarvung der hochverräterischen französischen Sozialdemokratie durch die patriotischen und streng nationalen deutschen Genossen bejubeln, hat die „Nordd. Allg. Zeitung“ vom Kongreß den bleibenden Eindruck, daß die deutsche Sozialdemokratie echten patriotischen Gefühls völlig bar ist. Nationalliberale Journalisten, deren Geflügel sich kilometerhoch über den beschränkten Gesichtskreis nicht nur Bebel's, sondern Saurer's, Vanderveldes, Wiers' usw. erhebt, lächeln überlegen über die völlige politische

\*) In der Parteiliteratur unter dem Titel: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“ bekannt.







es der Sozialdemokratie des einzelnen Landes, welche „wirklichsten Aktionsformen“ sie gegen Militarismus und Krieg anwenden will. Staat und Gesellschaft werden wie bisher fortgeführt, wachsam und energisch dafür zu sorgen, daß die Wirksamkeit jeder Aktionsform im Keime erstickt.

Aus jeder Zeile leuchtet der Meid und Haß unserer Gegner, die nicht einmal sozial Instandsgefühl und Mut besitzen, um mitzureden, was denn die Sozialdemokraten in Stuttgart beschlossen haben. Das muß man in Erwägung ziehen, wenn man dieses „Urteil“ des Amtsblattes über den Kongress in Stuttgart richtig bewerten will.

Die Wähler Lübecks sind in eine Lobebewegung eingetreten. Wie wir hören, soll es die Schuld des Arbeitgeberverbandes sein, daß es noch nicht zu einer Einigung zwischen den Gesellen und Meistern gekommen ist. Als hauptsächlichste Forderung ist die Verkürzung der Arbeitszeit anzusehen. Hoffentlich zeigen die Arbeitgeber sozial Entgegenkommen, daß ein Streik vermieden wird.

**Wiedereinführung der Rückfahrkarten auf der Eisenbahn.** Von gut unterrichteter Seite wird bürgerlichen Blättern bestätigt, daß die Eisenbahnverwaltung über die Frage der Rückfahrkarten zurzeit eifrige Verhandlungen pflegt. Wenn berichtet wird, daß es sich dabei nur um eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer der mit der Hinfahrkarte ausgegebenen Karte für die Rückfahrt handele, so stellt das, wie berichtet wird, die tatsächliche Lage der Angelegenheit nicht zureichend dar. Es besteht eine sehr starke Neigung im Eisenbahnministerium, die alte Form des einen Fahrtausweises für Hin- und Rückfahrt wieder einzuführen, und wenn diese Neigung nicht so gleich zu praktischer Geltung kommt, so geschieht das nur, weil man sich scheut, klipp und klar zu offenbaren, daß man sich zu einer schweren Unbedachtsamkeit hat drängen lassen. Den Anlaß zu den schwebenden Verhandlungen gaben ein dringliche Klagen verschiedener Direktionsbezirke über die Erschwerung des Schalterdienstes infolge der Abschaffung der Rückfahrkarten. Namentlich im Nahverkehr und an den kleinen Ausflugsstationen in der Nähe größerer Städte macht sich die gewachsene Belastung des Schalterdienstes oft als eine Katastrophe fühlbar. Im Publikum ist die Ausflugsstation nicht genügend bekannt. Infolgedessen drängen sich die Ausflügler häufig in dichten Massen an den einen Fahrkartenschalter der kleinen Stationen zur Lösung der Karte für die Rückfahrt, und es ist dem einen Schalterbeamten, auch wenn er durch einen zweiten Beamten dabei unterstützt wird, meist ganz unmöglich, zur rechten Zeit die Kartenfordernden zu expedieren. Die Folge davon sind nicht selten Störungen im Verkehr. Zugunregelmäßigkeiten und, was am gefährlichsten ist, Überfüllung der ohnehin knapp angelegten Bahnsteige der Stationen. Namentlich in der Umgebung von Berlin, aber auch in anderen größeren Städten haben diese Zustände mancherorts den Charakter einer Katastrophe angenommen, und die Bahnstufenvorstände erklären, daß eine Vermehrung der Schalter und des Schalterpersonals unerlässlich sei, wenn diese Katastrophe nicht beseitigt werde. Und dabei ist der ablaufende Sommer noch wenig verlockend für den Ausflugsverkehr gewesen! Die Mängel hätten sich bei besserer Witterung noch sehr viel schlimmer geltend gemacht. Und was nun die jetzt ausgegebenen zwei Karten (für die Rückfahrt) betrifft, so ist, soweit sie Benutzung gefunden haben, der Übelstand bemerkt worden, daß die ungenügende Kenntlichmachung von Art und Geltungsdauer den Kontrollbeamten unangenehm zu schaffen macht. In abschbarer Zeit — das steht schon heute fest — wird die Rückfahrkarte in der alten Form wieder eingeführt werden, und auch ihr Preis wird wieder eine Ermäßigung erfahren. Nach dieser Richtung sollen nur erst die Erfahrungen eines für Ausflüge günstigen Sommers abgewartet werden. Der Rückgang der finanziellen Erträge des Nahverkehrs ist nämlich in diesem Jahre ein so bedeutender und augenfälliger, daß mehr als eine Eisenbahndirektion ernste Bedenken deswegen kundgegeben und die Meinung angedeutet hat, daß dafür nicht nur die Wetterbeschaffenheit, sondern in erheblichem Ausmaße auch die Verteuerung der Doppelfahrt gegen früher die Erklärung liege. Es wird auch noch so manches andere von den letzten Tarifreformen zurückreformiert werden, denn auch bei der Eisenbahnverwaltung ist der Grundsatz wirksam: „In Geldsachen hört die Gemütslichkeit auf.“ — Ob diese Informationen zutreffend sind, muß abgewartet werden.

**Retten Schiffbrüchiger auf See.** Auf der letzten Reise des finnischen Dampfers „Primula“ von Lübeck nach Reval und Helsingfors rettete nach Meldungen bürgerlicher Blätter Kapitän Nyberg auf offener See zwischen Helsingfors und Reval 15 russische Militärpersonen (darunter mehrere Offiziere und Unteroffiziere) vom Tode des Ertrinkens. Diese Personen hatten eine Fahrt mit einem Segelboot unternommen und wurde das Boot durch eintretende heftige Winde zum Kentern gebracht. Während sich 11 Personen an dem gekenterten Boot über Wasser hielten, trieben 4 Soldaten, sich an den Riemen haltend, als Spielball der Wellen, auf der weiten Wasserfläche. Herr Kapitän Nyberg ließ sofort, als der Unglücksfall auf dem Dampfer bemerkt wurde, ein Rettungsboot ins Wasser und nach kurzer Zeit wurden die gesamten Personen geborgen. Der Dampfer retourierte nach Reval und setzte die geretteten Militärpersonen an Bord eines vor Reval vor Anker liegenden russischen Kriegsschiffes ab.

**Brandschäden müssen rechtzeitig gemeldet werden.** Die durch Feuer Geschädigten müssen oft die unangenehme Erfahrung machen, daß Ersatzansprüche an Privat-Feuerversicherungsgesellschaften, besonders wenn es sich um kleinere Zimmer- oder unbedeutende Warenbrände handelt, nicht immer so schnell erledigt werden, wie es der Antragsteller wünscht. In vielen Fällen tragen aber daran die Geschädigten selbst einen Teil der Schuld und zwar insofern, als sie meist die vom Brande hinterlassenen Spuren beseitigen und vergessen, der zuständigen Polizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten. Die Feuerversicherungsgesellschaften verlangen nämlich von jedem Brande, für den Schadenersatzansprüche an sie gestellt und Entschädigungen gezahlt werden, ein behördliches Unbedenklichkeitszeugnis. Wird aber ein Brand erst nach Verlauf geraumer Zeit gemeldet, so ist es in den meisten Fällen schwer, die behördliche Bestätigung zu erhalten. Im Interesse der Versicherten liegt es also, jeden Brand, durch den Schadenersatzansprüche an eine Versicherungsgesellschaft entstehen, ungesäumt bei der zuständigen Polizeibehörde zu melden.

**Die Pilger der Wildnis,** ein kulturhistorischer Roman von Johannes Scherr, wird in dem soeben begonnenen neuen Bande der illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden“, von dem Heft 34 vorliegt, abgedruckt. Der Roman schildert in packender, fesselnder Weise die Flucht zweier Revolutionäre nach Amerika, die bestimmt waren, das Todesurteil an der Königin von England zu vollstrecken. Ihr Plan wurde vereitelt. Die Verfolgungen und Gefahren, denen die Flüchtlinge ausgesetzt waren, die Kämpfe mit den Indianern, aber auch Schilderungen der Ränne und der historischen Ereignisse machen den Roman zu

einem ebenso unterhaltenden wie belehrenden. Ferner enthalten die Hefte eine Erzählung der schwedischen Schriftstellerin Lagerlöf: „Eine Herrenhoffage“ und im Feuilleton bringt jedes Heft einen allgemein wissenschaftlichen, belehrenden oder unterhaltenden Artikel und diverse kleine Notizen, Miß und Scherz. — „In Freien Stunden“ erscheinen in 24 Seiten starken Hefen wöchentlich zum Preise von 10 Bfg. — 12 Heller — 15 Centimes. Bestellungen nimmt jede Parteidruckhandlung, jeder Kolporteur und jedes Postamt entgegen.

**Handelsregister.** Zur Bekanntmachung vom 24. August 1907 betreffend die Aktiengesellschaft unter der Firma Commerzbank in Lübeck wird noch nachgefragt: Gemäß dem Beschlusse des Aufsichtsrats werden die neuen Aktien zu einem Kurse von 117 Proz. ausgegeben, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen.

**Stadthallen-Theater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Eine vorzügliche Aufführung boten kürzlich die Mitglieder in Jönsens Schauspiel „Mora“. Am Mittwoch geht dieses Drama zum Einheitspreise von 50 Bfg. auf allen Plätzen des Theaters letztmalig in Szene. Ein so hervorragendes Werk wird gewiß seine Anziehungskraft nicht verfehlen. Am Donnerstag geht nochmals Johann Strauß' unverwundliche Operette „Der Zigeunerbaron“ in Szene.

**Wilhelm-Theater.** Man schreibt uns: Mittwoch geht, zum Benefiz für Herrn Helm Pfund: „Romeo und Julia“ in Szene. Den Romeo spielt Herr Pfund, Fel. Hartmann die Julia. — Am Donnerstag findet die erste Wiederholung von Maxim Gorkis „Machtasyl“ statt. Am Sonnabend ist, vielfachen Wünschen nachkommend, eine nochmalige Aufführung des beliebten Schönthanschen Lustspiels „Klein Dorrit“ vorgesehen.

**Mölla. Tödliche Unfälle.** In Wentorf scheuten die Pferde des Kutschers W., wodurch W. vom Heuwagen geschleudert wurde und so schwere Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport nach seiner Wohnung verstarb. Maurer F. in Neu-Besenhorst stürzte aus dem Fenster eines Neubaus und brach die Wirbelsäule. Er starb bald nach der Einlieferung im Krankenhaus.

**Hamburg. Zum Streit der Maschinisten, Heizer und Deckleute im Hafen.** Nachdem am Sonnabend die Schiffer und Maschinisten der Peterßen u. Alperschen Schlepper sowie die bei der Schleppschiffahrt-Reederei Carl Tiedemann und Pauls u. Blohm u. G. angestellten Leute die Arbeit niedergelegt haben, sind 33 Schleppdampfer stillgelegt worden. Die Bedienung der ankommenden und seawärtsgelenden Schiffe, sowie das Verholten der Seefahrzeuge wollen Peterßen u. Alpers sowie die Schleppschiffahrt-Reederei mit je 2 Dampfsern soweit als möglich ausführen. Man will sich außerdem mit den Schleppdampfern der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg-Südamerika-Linie und Woermann-Linie, deren Besatzungen sich bislang dem Streit nicht angeschlossen haben, beim Verholten und Vertäuen der Schiffe behelfen. Die Hafenlosten sollen im übrigen mit den Schiffen ohne Schleppdampfer manövrieren. In einem Scharfmacherwagsattel in den „Hamb. Nachr.“ heißt es: „Eine Aussicht für die Schiffer um, aus dem Streit besondere Vorteile zu gewinnen, besteht nicht, da sie nur gering organisiert und ziemlich mit ihren Ansichten zersplittert in die Bewegung eingetreten sind, die jetzt der Hafenarbeiterverband, Sektion Schiffer, Maschinisten und Deckleute, zu seiner eigenen gemacht hat und anscheinend im vorliegenden Sinne die Lohnbewegung für sich auszunutzen sucht.“ Die Scharfmacher verlassen sich also darauf, daß die „nur gering organisierten und mit ihren Ansichten zersplitterten“ Schiffer und Maschinisten nichts ausrichten können. Hoffentlich sorgen die Schiffer und Maschinisten durch Schaffung einer kräftigen und einigen Organisation dafür, daß die Hoffnung der Scharfmacher zu Wasser wird. — Der Untergang des Dampfers „Hedwig Woermann“ an der westafrikanischen Küste wird telegraphisch gemeldet und durch die Woermann-Linie bestätigt. Danach ist das Schiff am 21. August auf der Heimreise bei Sherbro gestrandet und als verloren anzusehen. Die Mannschaft ist gerettet und wurde in Sierra Leone gelandet. Der Dampfer „Hedwig Woermann“, Kapitän Weltzien, ist im Jahre 1890 auf der Werft von Wigham Richardson u. Co. in Low Walker gebaut. Er ist 229,3 Fuß lang, 32,1 Fuß breit und 21,1 Fuß hoch. Der Lohnegehalt beläuft sich auf 1289, die Stärke der Maschine auf 500 Pferdekraft.

**Sarghaben. Landesverräteriecherei.** Unter dem Verdacht der Spionage wurden hier Mittwochabend zwei mit einem von Hamburg kommenden Vergnügungsdampfer eingetroffene Fremde verhaftet. Sie wurden aber heute mittag wieder auf freien Fuß gesetzt, da die eingeleiteten Recherchen nichts Belastendes ergaben.

**Kiel. Der stechbriefflich verfolgte Kontraktbrecher.** Nette Gepflogenheiten scheinen sich bei den Unternehmern des Handlungsgewerbes einzubürgern. Ein Handlungsgehilfe, der jetzt in Kiel weilt, hatte einen von ihm angenommenen Posten als Verkäufer in Magdeburg ohne Angabe von Gründen in letzter Stunde abgelehnt, worauf der geschädigte Kaufmann das Bild des Kontraktbrechers in zwei Fachzeitungen veröffentlichte. Der so mit einem Mörder auf gleiche Stufe gestellte Handlungsgehilfe erhob Klage, weil er in dem Vorgehen des Kaufmanns eine Verurteilung erblickte, die geeignet war, ihn in seinem Fortkommen zu schädigen. Das Oberlandesgericht in Kiel hat aber als höchste Instanz entschieden, daß die Handlungsweise nicht strafbar sei. Vielleicht legen sich nun die Herren Kaufleute, denen die Konkurrenzklause des Handelsgesetzbuches noch nicht weit genug geht, ein Verbereralbum für kontraktbrüchige Gehilfen an. — Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes erklärte sich mit der Schließung der Holzgeschäfte anlässlich des Ausstandes der Lagerarbeiter einverstanden. Sie beschloß ferner, daß von morgen an in keiner Branche mehr Arbeiter eingestellt werden und daß bei dem demnächst eintretenden Materialmangel sofort entsprechend Arbeiter zu entlassen seien. — Der Schleifenfahrer Karl Ulrich aus Hamburg stürzte im Stabiliment „Waldmiese“ mit dem Rade seitwärts aus der Schleiße und verlor sich so schwer, daß er sofort in die Heilanstalt gebracht werden mußte.

**Bremen. Schreckliche Muttat.** Hier hat sich gestern früh ein furchtbares Verbrechen abgespielt. Der hiesige Inhaber eines Blumenladens in der Soedestraße, namens Pohl, aus Dohrenbüttel, hat anscheinend aus Konkurrenzneid seinen früheren Angestellten, den jetzigen Inhaber eines ebenfalls in der Soedestraße gelegenen Blumenladens in seinem Laden zunächst durch einen Revolveranschlag getötet und darauf die Leiche furchtbar verstümmelt. Der Körper wurde heute morgen in der Weser gefunden. Die Gliedmaßen, als Handgepäck verpackt, sind auf dem Bahnhofe beschlagnahmt worden. Der Getötete heißt Lantau und stammt aus Kaiserslautern. Dank der fieberhaften Tätigkeit der Kriminalpolizei gelang es, den Mörder bereits heute mittag zu verhaften. Er ist geständig, den Mord begangen zu haben und will in der Erregung aus Notwehr gehandelt haben.

**Barthim.** Eine schlimme Mär aus dem Oberrheinlande. Im Barthimer Amtsblättchen, der „Norddeutschen Post“, finden wir im Inseratenteil, der sonst für den Berde- und Ohsen-Gin- und Verkauf reserviert ist, folgende furchtbare Drohung in Fettdruck:

Da die Militärbehörde die Gegend, in der ich das Unglück habe, einige Güter zu besitzen, zu den Vorbereitungen scheinbar nicht entbehren kann — da dieselbe auf den Vorschlag, meine Güter als Truppenübungsplatz anzukaufen, nicht hat eingehen wollen — da die mit Einverständnis eines Großh. Ministerii gestellten Anforderungen an meine und meiner Güter Leistungsfähigkeit mir unerfüllbar und unerträglich erscheinen, ein Wandel aber nicht zu erhoffen ist, so habe ich mich entschlossen, meine Güter, die ich 35 Jahre mit viel Liebe und Fleiß und ich darf wohl sagen auch mit einigem Erfolg bewirtschaftet habe, für jeden mir annehmbar erscheinenden Preis zu verkaufen.

Der Tag, an dem ich den mecklenburgischen Staub von meinen Pantoffeln werde schütteln können, wird zu den freundlichsten meines Lebens gehören. August 1907.

W. v. Treuenfels-Lenschow.  
Hat man so etwas gehört? Ein mecklenburgischer Junker, der fünfundsiebzig Jahre, mit einigem Erfolg und mit Liebe und Fleiß seine Güter betrieb, will nun den Staub der Heimat von den Pantoffeln schütteln! Und einer der freundlichsten Tage seines Lebens wird es sein, an dem das geschieht! Wer will es da besessenen Landarbeitern und verhungerten Schulmeistern verdenken, wenn sie sich unter dem Zeichen des Ochsenkopfes nicht wohl fühlen und diesen lieblichen Gesilden den Rücken kehren.

## Aus Nah und Fern.

**Schwere Muttat.** In einem Hotel in Zürich hat der Mechaniker Kändler, der mit einer Hotelwäckerin ein Liebesverhältnis unterhielt, den herbeieilenden Wirt, der während eines Streites Ruhe stiften wollte, erschossen, verlegte dann durch zwei Schüsse das Mädchen und erschoss sich dann selbst.

**Giftmörderin.** Die Brünner Staatsanwaltschaft hat eine wohlhabende Gutsbesitzerin verhaftet, die nach ihrem eigenen Geständnis ihren ersten Gatten vergiftet und ihr neunjähriges Kind erster Ehe drei Jahre lang in einem Keller und zwar in einem engen Holzverschlag eingesperrt gehalten hat. Das Kind ist vollständig vertiert.

**Ein Duell zwischen Vater und Tochter.** Eine englische Wochenzeitschrift bringt die Details eines furchtbaren Kampfes, der sich in Newyork in einer deutschen Familie abspielte. Ein Deutscher, namens Georg Wasser, wollte mit Gewalt in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau eindringen, in der sich zu der Zeit auch zwei seiner Töchter, darunter die Witwe eines Deutschen Rangloz, befanden. Als er Eintritt erhalten hatte, streckte er seine Frau mit einem Schusse nieder. Seine älteste Tochter, Frau Langloz, rief darauf ihrer Schwester zu, ihr einen Revolver zu reichen und nun entspann sich ein vollständiges Duell zwischen Vater und Tochter. Der Vater schoß viermal, ohne seine Tochter zu treffen. Diese streckte mit ihrem fünften Schuß den Vater nieder. Ein Polizist, der auf den Knall der Schüsse hin eindrang, fand die Leichen des Ehepaars Wasser und verhaftete die Frau Langloz. Das Gericht setzte die Verhaftete gegen Kaution auf freien Fuß. Die Familie Wasser war erst vor fünf Jahren aus Deutschland eingewandert. Wasser war ein Arbeiter. Die Ehe war glücklich, bis sich der alte Wasser dem Trunk ergab.

**Guten Appetit!** Nette Verhältnisse scheinen in Cleveland, Ohio, zu herrschen. Von dort wird nämlich berichtet, daß ein Restaurantbesitzer, McJintoch mit Namen, schon seit einiger Zeit eifrig bestrebt war, die Neger aus seinem Restaurant fern zu halten. Da er sich aber nicht traute, ihnen einfach sein Lokal zu verbieten, behandelte er sie so schlecht wie möglich. Einem gewissen Arthur Justice, der sich ganz besonders dickfellig zeigte und immer wieder, schmierte er eines Tages ein Butterbrot mit grüner Seife! Das war dem Neger denn doch zu viel und er verklagte den Wirt, der von dem Gericht verurteilt wurde, dem Neger einen Schadenersatz von sechszig Pfund Sterling zu zahlen. Der Neger ließ sich aber dadurch durchaus nicht hindern, das Lokal des Wirtes nach wie vor zu besuchen.

## Theater und Musik.

**Stadthallen-Theater.** Zum Benefiz für Herrn Bräuer ging am Freitag die Operette „Der Zigeunerbaron“ von Strauß erstmalig in Szene. Das Werk ist sehr melodisch und eines der musikalisch wertvollsten seiner Art. Die Aufführung, welche in vieler Beziehung recht gelungen war, fand den lebhaftesten Beifall des zahlreich erschienenen Auditoriums. Im Vordergrund des Interesses stand Frau Biorkowski, die als Saffi sowohl gesanglich wie darstellerisch ihr bestes bot. Auch Herr Werner als Barintay verdient warme Anerkennung; der junge Künstler hat im Laufe der Spielzeit fleißig gearbeitet und bemerkenswerte Fortschritte erzielt, wie seine Leistung am Freitag bewies. Fel. Lohr sah als Arsena recht niedlich aus; sonst war sie nicht bedeutend. Der Supran des Herrn Bräuer wollte uns nicht recht gefallen; der Künstler besitzt leider die Neigung, an die Stelle des Humors und wirklicher Komik Schrei und Zappelerei zu setzen. Damit schadet er den von ihm vertretenen Rollen nur. Auch die Aussprache läßt manches zu wünschen übrig. Die Chöre gingen durchweg gut und klangen frisch. Herr Kapellmeister Moriz dirigierte temperamentvoll.

**Am Wilhelm-Theater** gab es am Sonntag die Erstaufführung von Gorkis „Machtasyl“. Diese Szenen aus der Tiefe, wie Gorki sein Werk bezeichnet, sind kein eigentliches Drama, aber fast jede der von dem Dichter mit scharfen Umrissen gezeichneten Gestalten wirkt in ihrem Geiste und ihrer Verkommenheit für sich erschütternd. Die Wiedergabe des Stückes genügt auch verwöhnten Ansprüchen. Wenn wir jede Leistung nach Verdienst würdigen wollten, so würde das den Raum unseres Blattes zu sehr in Anspruch nehmen. Besonders hervorragend waren Frau Klinger als Anna, sowie die Herren Braß als Luka und Falk als Schauspieler. Das Publikum in seiner Mehrheit brachte den Szenen aus der Tiefe Verständnis entgegen und spendete reichen Beifall. P. L.

### Briefkasten.

B. Auch für den Train besteht gegenwärtig die zweijährige Dienstzeit.

**Recherche Annoncen.** Die Neuzugung über die Redaktion, welche Herr L. Puls in der Wirtesversammlung gemacht haben soll, ist — wie wir jetzt auf Grund näherer Erkundigungen genau wissen — von ihm nicht getan worden; damit fallen auch die Konsequenzen fort.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Besleger: L. S. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.



Ein dreifach domerndes Hoch zu seinem Wiegensfest wünschen dem Lotterbaß die Mitglieder des Gesangvereins Brillaria.

**Verband der Dachdecker.**

**Nachruf.**

Am Sonntag, den 25. d. Mts. verstarb nach langer Krankheit unser Kollege **Albert Nitzky.**

Beerdigung am Mittwoch, den 28. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Möge ihm die Erde leicht sein.  
Der Vorstand.

Gesucht eine tüchtige Näherin und junge Mädchen zur Erlernung der Damenschneiderei. Schützenstraße 39 a.

Gesucht zu sofort ein ordentlicher zuverlässiger

**Kutscher.**

Thüringer Kurz- u. Fleischkonzerfabrik, Beim Reichthum 14.

Schuhmachergeselle gesucht. H. Faasch, Große Gröpelgrube 14.

Zwei freundliche Zimmer für Herren. Lindenstraße 11 a.

Ein möbl. Zimmer zu verm. Untertrave 45, I. Etg.

Werderstraße 18, part. ist per sofort oder 1. Oktober Laden mit Wohnung oder 3 Zimmerwohnung zu vermieten. Näheres Schlomer, Breitestr. 54.

Durch Zufall zum 1. Oktober eine kleine Wohnung zu vermieten. Stavenstraße 35.

Gesucht eine 2-Stubentwohn. Preis 150-200 Mk. Angebote unter Z 46 an die Expedition d. Bl.

Gesucht eine 2-Stubentwohn. zum 1. Oktober. Angebote unter H M an die Expedition d. Bl.

Ein guterhaltener Kinderwagen, weißes Griff und Gummireifen und einen runden, polierten Tisch billig zu verkaufen. Brodstraße 30, II.

Eine guterhaltene Sportflarre zu verkaufen. Sadowstraße 11, I.

Kinderwagen zu verkaufen. Birkenstraße 4.

Ein Sitz- und Liegewagen mit Gummireifen zu verkaufen. Glockengießerstraße 55, II.

Gebr. Damenrad zu verkaufen. Glockengießerstraße 13, III.

1 fast neuer mod. Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Breitestraße 11, II.

Eine große Spielbox zu verk. Großer Markt 51.

Billig zu verk. mehrere Sofas Königstraße 28.

1 Schneiderrsch, 2 Sägen, 1 Bettstelle mit Matratze und 1 Kinderwagen, gut zum Handeln zu verkaufen. Langenstraße 19, n. n. n.

Großes Vogelbauer (Villa) u. ein gelber Samarrahaß zu verkaufen. Fischerstraße 71, II.

Zu verk. für 10 Mark 1 Paar gut erhalt. Ziegen-Küchlein (mitl. Grad) mit reinem ganz neuen Sohlen. Breitestr. 4, part. I. Etg.

Ein kleines Haus. Kleine Cassinstraße 10, zu verkaufen. Näheres Wilmannsstraße 11, nachn.

Verloren am Sonntag im Steinweg ein Schloßschlüssel (mitl. Grad) mit reinem ganz neuen Sohlen. Breitestr. 4, part. I. Etg.

Deputierte Auslieferung für die Bergung der Leichen zum Rauben der

Lübeker Vereins-Brauerei am dem Gelände an der Mündung: Allee bei der Haupt-Eisenbahn gelegen.

Die Unterlagen sind von dem unterzeichneten Sachverständigen besichtigt und eine Bescheinigung von 10 Mk. zu begeben.

Offenlegung bis Sonntag, den 31. August, vormittags 12 Uhr im Geschäftsraum der Reichs-Brauerei G. m. b. H., Breitestr. 54, I. Etg., den 24. August 1907.

Schöb, Schöb & Redeker, Buchhändler, Allee 10.

Fr. jetten Sped. Pfd. 80 Pf.

Fr. jetten Sped. Pfd. 80 Pf.

bei Montag von 4 Uhr. Nr. 75 Pf.

Fr. jetten Sped. Pfd. 80 Pf. M. Lahritz, Büttcherstraße 16.

**Achtung Arbeiter-Gesangvereine!**

**Generalprobe zur Lassallefeier am Freitag, den 30. August 1907**

abends 8 1/2 Uhr im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52. Der Einberufer.

**Unser Verkauf**

nur lebendfrischer Ware zu bekannten Spottpreisen findet wieder am Mittwoch, den 28. d. Mts. in hiesiger Markthalle statt. Hochseefischerei Frerichs, Geestemünde.

**Der Neue Welt-Kalender für das Schaltjahr 1908**

ist jetzt in sehr reichhaltiger Ausstattung zur Ausgabe gelangt und können wir denselben allen unseren Lesern zum Kaufe empfehlen.

Preis 40 Pfg.

Derselbe ist auch durch unsere Kolporteurs und Zeitungsausträgerinnen zu beziehen.

**Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstr. 46 = Buchhandlung = Johannisstr. 46.

Gute Zigarren 100 Stück 2.90 Mark. Johannisstraße 17/19.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege. H. Schrelber, Breitestr. 24.

Abreisenden annehmlich und nachgefragt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsgeisch. Fischerstr. 52.

Billige Tapeten-Reste Georg Bornhöfft. Große-Deutzer, Untertrave 41-45, bei der Drehbrücke.

Allerfeinste Bauern-Grasbutter. Pfd. 1.15 Mk. Wilhelm Sürke, Wenzelbomstraße 25.

Engelsgrube 87, „Stadt Stockholm“, Restaurant und Logierhaus. J. Pichler.

Gewerbeverein Feinwäscherei u. Glanzplätterei. Engelbergstraße 14, III.

**Tapezier Hopp,**

Engelsgrube 66, empfiehlt sich zur Aufarbeitung sämtlicher Polsterarbeiten. Sofa von 4 Mark an, Matrasen von 2.50 Mk. an, Stühle 1 Mark.

E. BOY, Fischhandlung. Huxstr. 30. Telefon 115.

Billige Köstlichkeiten 24, Ecke Pfaffenstraße. Täglich frisch geräucherter Büdlinge, Nale, Schellfische, Seelachs, Nordseetrabben.

Mittwoch Markthallenstand 46. Große Dosen Seefische direkt vom Fischplatz. Fischkuchen zum Braten Pfund 40 Pfg. Schollen Pfd. 40 Pfg., Rotzungen Pfd. 30-40 Pfg. Seelachs in ganzen Fischen Pfd. nur 12 Pfg. am Ausschneit Pfund nur 12 Pfg.

Rothzungen Pfd. 15 Pfg. Seeaal Pfd. 15 Pfg. Von Mittwoch bis Sonnabend täglich von 7-1 Uhr Markthallenstand 46.

**Hochj. Eierkartoffeln und magnum bonum**

empfehlen zu billigsten Preisen J. Sühr, Telefon 1366. - Untertrave 10-11.

**Von der internationalen Bibliothek erste Serie**

- empfehlen wir besonders:
- Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren, geb. Mk. 2,50
- Bebel, Die Arbeiterfrage, 2,50
- Bebel, Charles Fourier, 2,50
- Stern, Philosophie Spinoza's, 1,-
- Kautsky, Das Erfurter Programm, 2,50
- Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, 2,-
- Stepniak, Der russische Bauer, 2,50
- Mehring, Die Lepping-Legende, 3,50
- H. Lax, G. Gebet und der russische Kommunismus, 2,-
- Plechanow, N. G. Tschernyschewski, 3,-
- Fr. Engels, G. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, 3,-

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Ich bin bei dem Königl. Landgericht in Altona als **Rechtsanwalt** zugelassen. **Büreaustunden:** Morgens 8 bis abends 7 1/2 Uhr. **Sprechstunden:** Morgens 8-9, nachmittags 2-4 Uhr. **Geschäftszimmer:** Altona, Am Hauptbahnhof, Große Bergstr. 265, I. **Rechtsanwalt Werner Springe** (Neumünster).

**Geschäfts-Gründung.** Sterblich die ergebene Mitteilung, daß ich neben meiner chem. Waschanstalt ein **Weiss-, Woll- u. Kurzwaren-Geschäft** eröffnet habe und bitte, bei etwaigem Bedarf sich meiner gütigst zu erinnern. Führe auch sämtliche Schul- u. Schreibutensilien. Hochachtungsvoll **Caroline Monica**, Kupferschmiede, Straße 13.

Die besten u. stärksten **Fahrräder** kauft man im **St. Gertrud-Fahrradhaus.** Vertreter nur erstklassiger Marken. Reparaturen schnell und billig. **Joh. Meier, Werderstr. 28.**

**Deutscher Metallarbeiterverband** (Verwaltungsstelle Albed.) Die Mitglieder-Versammlung am 28. d. Mts. fällt aus. Die Ortsverwaltung.

**Maler-Zentral-Kranken- u. Sterbefälle.** **Verammlung** am Dienstag, den 27. August abends 8 Uhr im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

**Hansa-Theater**

Sente Dienstag, 27. August: 12. Tag der **II. gr. internat. Ringkampfkonkurrenz** Freier Ringkampf, zum 1. Male in Lübeck. Bei diesem Kampfe sind sämtliche Griffe vom Scheitel bis zur Sohle erlaubt zwischen **Madralli - Sabatier** um die gegenseitige Prämie von je 100 Mk., dem Sieger 200 Mk., welche sofort auf der Bühne ausbezahlt werden. Wer wird siegen?

**Entscheidungskampf** bis zur vollständigen Entscheidung. **Boucher gegen Hitzler** Frankreich. Deutschland. Außer Konkurrenz **der spannende Entscheidungskampf Stalling gegen Hansen** Bremen. Dänemark.

**Wilhelm-Theater.**

Mittwoch: 7 Uhr. Außer Abonnement. Benefiz für Selu. Pfund. **Romeo und Julia.** Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare. Romeo. Pelm. Pfund. Donnerstag: Nachtsyl. Sonnabend: Klein Dorrit.

**Stadthallen-Theater.**

Direktion: Ludwig Piorkowski. Mittwoch, 8 Uhr: 70. Abonn.-Vorstellung. Jeder Platz 50 Pfg. Letzte Wiederholung von **Hera oder Eis Puppenheim.** Schauspiel in 3 Akten. Donnerstag: Letzte Wiederholung der erfolgreichen Operette **Der Zigeunerbaron.** Freitag: Krieg im Frieden.



## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen 1907.

### Allgemeines.

Die Beschlüsse des Mannheimer Parteitags über den politischen Massenstreik, unsere Stellung zur Volkserziehung und zum Strafrecht waren dazu geeignet, Gegenstand theoretischer Erörterung für das abgelaufene Jahr zu werden. Zweifellos wären diese Fragen ausgiebig erörtert worden, wenn das Jahr nicht ein Kampfsjahr von ungewöhnlicher Schärfe geworden wäre.

Mit großer Befriedigung wurde von unseren Genossen der Ausgang der Debatten über den Massenstreik aufgenommen, weil hier die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften klargestellt wurde. Die Furcht bei einzelnen Parteigenossen und die Hoffnungen der Gegner, daß es zu einem Kampf zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könne, wurden in Mannheim begraben. Der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften kann nur in der Theorie bestehen. Der Kern der Partei ist gleichzeitig in den Gewerkschaften, und es gibt keine freie Gewerkschaft, deren Mitglieder nicht größtenteils Sozialdemokraten sind. Eine gewisse Scheidung besteht nur so lange und so weit, als verschiedene Tätigkeitsgebiete für die politische und gewerkschaftliche Organisation bestehen. Der Massenstreik war aber eine Frage, der das Tätigkeitsgebiet beider Organisationen berührte.

Nicht die theoretische Erörterung gewisser Fragen allein führt die politische und gewerkschaftliche Organisation auf einen Kampfplatz zusammen, sondern auch der tägliche Kampf. Schon am 12. November 1906 brachte die Regierung den Gesetzesentwurf über die gewerblichen Berufsvereine im Reichstage ein, ein Gesetzesentwurf, der die Wünsche der Scharmacher betreffend die Schadenersatzpflicht bei Streiks erfüllen und die Gewerkschaften lahmlegen sollte. Noch mehr sind aber die Unternehmerverbände bemüht, jede Frage über Arbeits- und Lohnverhältnisse zu einer politischen umzuformen. Ihre Habgier verdeckt die Unternehmer hinter der Phrase: „Verteidigung der Sozialdemokratie“. Streiks in Einzelbetrieben werden mit Massenansperrungen beantwortet, und die von den Kapitalisten ausgeschaltene Presse schreibt dann nicht mehr über das eigentliche Kampfsobjekt: Lohnherabsetzung für schlecht bezahlte Arbeiter oder Abkürzung der Arbeitszeit, sondern man schreibt nur über Kämpfe um Nachfragen und wer Herr im Hause sein soll.

Das zeigte sich bei der Ansperrung der Schauerleute in Hamburg, bei den großen Kämpfen im Holzarbeitergewerbe und den Kämpfen der Berliner Kaufhandwerker. Mit entbrennen große wirtschaftliche Kämpfe um Fragen, die durch die Gesetzgebung geregelt werden müßten oder um Mißstände, die bei richtiger Anwendung der Gesetze schon beseitigt sein sollten. Der Kampf der Schauerleute in Hamburg entbrannte über die Frage, ob eine übermäßig lange Arbeitszeit, wodurch Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, fortbestehen soll. Daß im Hafensbetrieb solche übermäßig lange Arbeitszeit besteht, hat der Hafeninspektor ausgesprochen und das Hanseatische Oberlandesgericht ausdrücklich festgestellt. Nach diesen Feststellungen wäre der Bundesrat verpflichtet gewesen, von dem § 120 e der Gewerbeordnung Gebrauch zu machen und einen Maximalarbeitszeit durch Verordnung festzusetzen. Statt dessen verlangten die Redner, die Arbeiter sollten sich durch Unerkennung verpflichten, daß sie länger arbeiten wollen als eigentlich die Gewerbeordnung zuläßt.

Eine ähnliche Frage brachte den Berliner Bäckerstreik hervor. Nach § 105 e der Gewerbeordnung sollen die Arbeiter, die jeden Sonntag arbeiten müssen, einen Ruhetag in der Woche haben. Würde man den Absatz 4 des § 105 e sinngemäß auf § 105 e der Gewerbeordnung anwenden, dann wäre die Hauptforderung der Bäcker bereits erfüllt. Aber die Regierung rührt sich nicht. Wo sie eingreift, steht sie auf Seiten der Unternehmer. Je mehr die brutale Gewalt der Unternehmerverbände, unterstützt von der Regierung, Polizei und Gerichte, zur Anwendung kommt, um so mehr werden die

Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses politische Fragen, die durch die Gesetzgebung geregelt werden müssen. So werden die Grenzen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit verwischt.

Eine weitere Erscheinung der Neuzeit, die zur Vermischung der Grenzen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit beiträgt, ist die Gründung der „vaterländischen oder nationalen Arbeitervereine“. Bisher war der Indifferentismus der Arbeiter der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung. Indifferente Arbeiter lassen sich bei den Wahlen gegen uns aufbieten, sie bilden auch die Scharen, aus denen man die Streikbrecherkolonnen rekrutiert.

Diese indifferenten Arbeiter zu offenen Feinden der in der sozialdemokratischen Partei und der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu erziehen und so eine Bräutereiarmee zu schaffen, die bereit ist, bei politischen sowohl wie wirtschaftlichen Kämpfen sich gegen die klassenbewußten Brüder zu wenden, das ist der Zweck dieser Gründung! „Nationale Arbeitervereine“ heißen sie auf politischem, „gelbe Gewerkschaften“ auf gewerkschaftlichem Gebiet. Es sind Organisationen, die unter allen Umständen die Klasseninteressen der Unternehmer gegen die Klasseninteressen der Arbeiter vertreten sollen. Die Arbeiter, deren Mangel an Erkenntnis, so zum Schaden der Arbeiterklasse mißbraucht wird, aufzuklären, muß das Werk aller klassenbewußten Arbeiter sein.

Aber auch durch die wirtschaftliche Entwicklung werden die Grenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit verwischt. Die in Syndikaten vereinten Unternehmer rühmen sich, daß sie von der Gewerkschaftsbewegung weniger getroffen werden. Dadurch, daß ganze Industriezweige, wie der Kohlenbergbau und die Großtextilindustrie, in Syndikate vereinigt sind und nicht der Einzelunternehmer als Verkäufer auf dem Weltmarkt auftritt, ist die Gefahr des Verlustes der Kundenschaft von Arbeitnehmern ausgeschlossen. Einzelne Streiks müßten sich gegen das Syndikat richten, müßten also Massenstreiks sein. Für diese sind schwer die Mittel zu beschaffen. Andererseits besteht aber für die Arbeiter das beruhigende Gefühl, daß in der Streiks nie durch Anwerbung von Streikbrechern verloren gehen können. Je mehr aber die geeinten Unternehmungen den Charakter öffentlicher Einrichtungen annehmen, um so mehr wird es Aufgabe der Gesetzgebung, die Mißstände, die bei den Kleinunternehmern durch Streiks beseitigt werden, auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen. So wirken die Verhältnisse zusammen, gemeinsame Tätigkeitsgebiete für Partei und Gewerkschaften zu schaffen, und zwingen so die Arbeiter, mit ihren Organisationen zusammenzuwirken. Dadurch werden dann die Befürchtungen der Arbeiter und die Hoffnungen der Gegner, daß es je zu einem Zwiepsalt zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könnte, endgültig beseitigt.

Die großen Aufgaben, die sich die Partei auf dem Gebiete der Förderung der Bildungsbedingungen gesetzt hat, werden erfüllt werden; denn für die mächtige Kulturbewegung, die in der Sozialdemokratie zutage tritt, gibt es keinen Rückschritt oder Stillstand, sondern nur ein Vorwärtswort!

Die Parteigenossen in Sachsen, Preußen und Hessen stehen vor neuen Wahlrechtskämpfen. Die sächsische Regierung hat offen anerkannt, daß das gegenwärtig geltende Dreiklassenwahlrecht unhaltbar ist, und hat einen Wahlrechtsentwurf ausgearbeitet und veröffentlicht, der ein buntes Gemisch von Kurienwahlrecht, Mehrstimmrecht und Proportionalwahlrecht ist. Der Zweck dieses Gesetzes soll sein, nicht ganz so ungerecht zu scheinen wie das gegenwärtige Gesetz, aber es soll verhindern, daß jemals die Sozialdemokraten die Mehrheit im Landtag erhalten. Wenn auch mehr als neun Zehntel der Bevölkerung Sozialdemokraten werden, so sollen doch die Gegner, und wenn sie noch so stark zusammenschmelzen, immer die Mehrheit im Landtage behalten. Einen Wert hat die Einbringung der neuen Vorlage insofern, als die Regierung das jetzige Wahlrecht als großes Unrecht verurteilt. Was die Regierung aber an seine Stelle setzen will, ist ein ebenso großes Unrecht und ein so krauses Durcheinander, daß es unseren Genossen leicht wer-

den wird, auch gegen diesen Entwurf die Massen mobil zu machen.

Noch weiter zurück ist die Wahlrechtsfrage im Heimatland des Dreiklassenwahlrechts, in Preußen. Man redet und schreibt zwar, daß man auch in Regierungskreisen anfängt, die Unhaltbarkeit des Wahlrechts zu erkennen. Dieses ist aber nicht neu, denn Bismarcks Ausspruch von „dem elendesten aller Wahlsysteme“ ist schon über vier Jahrzehnte alt. Jedenfalls wird die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen die Dreiklassenwahlrecht mit aller Energie weiterführen! Der bereits angelegte preussische Landesparteitag wird sich vor allem mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen haben. Nichtsdestoweniger hat der Parteivorstand sich bereits eingehend mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt und alle Vorbereitungen getroffen, die für eine mächtige Entfaltung der Wahlrechtsbewegung in Preußen in Frage kommen!

So steht die Partei vor großen Aufgaben. Je stärker die Partei wird, um so heftiger wird der Widerstand der Gegner. Daß dieser heftige Widerstand kommen werde, hat jeder einsichtige Politiker vorausgesehen. Kein erfahrener Genosse war im unklaren darüber, daß man mit allen nur denkbaren Mitteln die Partei bekämpfen werde. Aber bis jetzt haben noch alle Gewaltmittel verlagert, wenn die Herrschenden den Kulturfortschritt hemmen wollten; so wird es auch mit dem Kampf gegen den Sozialismus gehen.

Wenn wir auf die Vergangenheit zurückblicken, dann zeigt sich, daß die Partei am stärksten wuchs, je heftiger die Angriffe auf die Partei und die Arbeiterklasse waren. Das erste Auftritten der Indifferenten besorgte in der Regel die Gegner. Die so Aufgerüttelten zu Sozialdemokraten zu erziehen, das ist Aufgabe unserer Agitation. Der sogenannten Blockpolitik, die mit den letzten Wahlen eingeleitet sein soll, fehlt jede politische Grundlage. Es gibt keine politische Forderung, auf welche der Block sich einigen könnte. Die einzige Frage, in welcher der Block einzig ist, ist der Ruf: „Gegen die Sozialdemokratie.“ Bleibt diese Parole das Lösungswort des Blocks, dann können wir mit Sicherheit sagen, daß dieser Kampf ebenso enden wird wie die früheren Kämpfe, nämlich mit einem Siege der Sozialdemokratie!

### Vom Parteitag überwiesene Anträge.

Der Mannheimer Parteitag hat dem Parteivorstand eine Anzahl von Anträgen überwiesen, die wie folgt erledigt wurden.

Mehrere Anträge verlangten, daß die „Alkoholfrage“ auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werde. Den Anträgen ist entsprochen worden.

Nach den Anträgen 120, 122 und 133 sollten „Die Landarbeiterfrage“ und „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten“ auf dem bevorstehenden Parteitag erörtert werden. Diesen Anträgen haben wir uns nicht angeschlossen. Die Wahlrechtsreformen sind in den drei großen süddeutschen Bundesstaaten eben abgeschlossen worden. In Sachsen und Hessen haben sich vor kurzem die Landesparteitage mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt und die preussischen Genossen werden sich auf ihrem Landesparteitage ebenfalls mit der Frage beschäftigen. Es erheben sich deshalb nicht zweckmäßig, diese Frage nun auch noch als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Essener Parteitages zu setzen. Die Landarbeiterfrage ist wohl sehr wichtig, aber doch nicht so brennend, daß ihre Erörterung schon auf dem kommenden Parteitag notwendig wäre. Wir glaubten deshalb, diesen Punkt vorläufig zurückstellen zu können, zumal die Tagesordnung ohnehin schon sehr belastet ist.

Der Antrag 45 verlangt, daß alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen nach den festgestellten Verichten in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abgegeben werden sollen. Der Parteivorstand hat dem Antrage insofern zugestimmt, als er bei wichtigen Verhandlungen Berichte bezug den Wortlaut der Reden in Form von Broschüren, Flugschriften oder Flugblätter herausgeben und den Parteioptionen möglichst billig zur Verfügung stellen will.

## Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(29. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Meine Tochter?“ rief der Gastwirt erschrocken und sprang wie elektrisiert in die Höhe. „Nimmernoch, Farnkoff — ihre reinen Hände will ich nicht beslecken! Ist's nicht entsetzlich genug, daß sie sich für ihren Vater opfern soll?“

Der Falschmünzer beschwichtigte ihn mit einer Handbewegung.

„Wenn Sie nicht wollen, lassen wir es. Vielleicht ist es auch besser, wir lassen ein Frauenzimmer nicht soweit in unsere Karten gucken. Aber von Gertrud muß es ausgehen, sie ist mit Fräulein Mohring befreundet — eine Botenschaft von ihr erweckt Vertrauen. Und wenn sie nicht selber schreiben soll, so ist es für einen gewandten Mann kein Kunststück, die Schrift eines jungen Mädchens nachzuahmen. Sie sollen über die Ähnlichkeit staunen. Wissen Sie, ob Grete Mohring Erades Schrift genau kennt?“

„Ganz gewiß kennt sie sie — beide haben oft schon Briefe gewechselt.“

„Um so besser — so brauche ich den Brief nicht zu unterzeichnen. Er ist anonym, beweist also, daß der Schreibende nicht mit seiner Person hervortreten wollen, und doch vertraut man dem Inhalt, weil man genau zu wissen glaubt, von wem er ausgeht. Ja, die Anonymität erhöht hier sogar noch die Glaubwürdigkeit des Schreibenden. Die Gumpfängerin wird annehmen, daß die Schreiberin in ihrer Verzweiflung, einem ungeliebten Mann — mir — (hier lachte Farnkoff spöttisch) — die Hand reichen zu müssen, auf diesen Ausweg geraten ist, daß sie die Zeilen in trauriger Verzweiflung, beinahe in Selbstabwesenheit hingeworfen hat, ohne sich über die Folgen völlig klar zu werden.“

„Wollen Sie ihr glaubhaft machen, daß eine Tochter ihren Vater ins Elend stürzt?“

„Sie wird sich darüber wundern, sich aber doch sagen, daß sie vermutlich kein anderes Mittel zu ihrer Erlösung mehr gefunden hat. Allerdings wird sie es nicht ganz billigen, trotzdem wird sowohl sie als auch ihr Bräutigam eine Strapale von der Mitteilung Gebrauch machen.“

„Sie fürchten nicht, daß Schröder die Falle heraus-

„Kann er nicht. Er hat Verdacht auf uns, auf Sie und mich, er schnüffelte sonst nicht immer um das Etablissement herum — gerade der Umstand, daß der Brief von Ihrer Tochter kommt, verbürgt ihm, daß der Inhalt auf Wahrheit Anspruch erheben darf. Sicherlich hat Grete Mohring von der bevorstehenden Verlobung Gertruds gehört, weiß sie von der Liebeshaft mit Weipbach und dem Druck, den ihr Vater auf sie ausübt —“

„Den Sie ausüben,“ brauste der Gastwirt auf.

„Sie durch mich, meinetwegen — das erklärt Ihnen alles. Und nun verschaffen Sie mir rasch einige Schriftstücke von dem Fräulein, ich will sogleich an die Arbeit gehen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Heute Abend muß der Brief spätestens in Grete Mohrings Händen sein, damit der Spion morgen in aller Frühe aufbrechen kann. Wir dürfen ihm weder Zeit zur Überlegung, noch zu weiteren Schritten gegen uns lassen. Auch muß ich sofort mit Bentig in der Angelegenheit sprechen.“

Damit erhob sich Farnkoff, mitleidlose Entschlossenheit im Antlitz. Auch Schodler stand auf — die eine Stunde hatte ihn fast zum Greise verwandelt. Er ging gebeugt, seine Stirn zeigte tiefe Furchen. In seinen Augen schitterte Gram und Angst um die Herrschaft. Mit langsamen Schritten erreichte er sein Kull und suchte einige Briefe seines Kindes, die er mit Händen, die wie vor Frost erbeben, dem Dämon seines Lebens überreichte. Dieser warf nur einen Blick darauf, lächelte dann befriedigt und begab sich damit nach seiner Stube. Schodler aber sank zurück in seinen Lehnstuhl — darin saß er lange, lange, den Kopf auf die Brust gesenkt, die Hände schlaff an der Seite herabhängend.

Nach einmal würde er den Weg des Verbrechens nicht betreten haben. . . .

Aber seine Erkenntnis, seine Reue kam zu spät. . . .

### Am Rande des Abgrunds.

„Ist Max da?“ fragte Grete, zu Marien ins Stübchen tretend. Sie war ganz außer Atem, so scharf war sie gelaufen.

„Eben hereingekommen“, entgegnete Marie, die sehr ernst dreinschaute. „Er ist jetzt fast Tag und Nacht untermeg, der unermüdliche, fleißige Mensch,“ sagte sie hinzu.

„Rufe ihn doch gleich, Marie, ich muß ihn auf der Stelle sprechen.“

Bereitswillig ging Marie, den Wunsch ihrer jungen Freundin zu erfüllen. Max erschien unverzüglich und begrüßte die Geliebte mit freudigem Rufe.

„Liebe Grete, Du — wir sehen uns so wenig jetzt!“

„Du hast viel Arbeit, Max — und meine Gründe kennst Du ja,“ antwortete sie freundlich. „Liebe Marie, willst Du uns einmal allein lassen?“

„Sehr gern.“

Die junge Frau schritt hinüber zur Küche, für das Essen zu sorgen. Max blickte seine Braut überrascht an.

„Sind es Geheimnisse, die Du mir überbringst, Grete?“

„Ja, Max, und wichtige. Setz Dich neben mich — so — und nun — nun sage mir erst einmal, ob Du in den letzten Tagen etwas entdeckt hast?“

Der Polizeifunktionär strich sich verlegen den üppigen Vollbart.

„Gewiß, mein Schatz.“

„Was denn?“

„Mitschgeheimnisse, Liebe.“

Grete schüttelte ungläubig den Kopf.

„Du hast nichts entdeckt, Max.“

Er lächelte.

„Soviel, daß ich hoffe, bald alles zu wissen. Doch ich darf nicht darüber reden, nicht einmal mit Dir. Laß Dir genug sein an der Tatsache.“

„Und wenn ich Dir nun auch inbezug auf Deine Aufgabe eine bedeutungsschwere Nachricht brächte?“

Er blickte gespannt auf.

„Wirklich?“

„Sie hielt triumphierend einen Brief empor.“

„Da — lies einmal.“

Er nahm den kleinen Briefbogen, den sie ihm reichte und las folgende Zeilen:

„Fräulein Mohring! Jemand, der Ihnen bekannt ist, entschloß sich zu diesem Schritt in großer Verzweiflung. Mich jammert das Schicksal Ihres guten Vaters, aber auch ein anderes, mir noch näherstehendes. Ich weiß viel, aber darf nicht öffentlich sprechen. Wenn die Unschuld Ihres Vaters ergründet werden soll, so muß die Polizei so hoch hinauf gehen, als die Möglichkeit vorliegt. Dunkel Beginnen steht die Verborgene von Ruinen, die aber nicht immer Burg-



Auch dem uns überwiesenen Antrage 33, wonach die erforderlichen Mittel für das tägliche Erscheinen des bisherigen Wochenblattes, „Gazeta Robotnicza“ bewilligt werden sollten, haben wir so weit als möglich Rechnung getragen. Ein tägliches Erscheinen der „Gazeta Robotnicza“ hielten wir allerdings noch für verfrüht; durch finanzielle Beihilfe haben wir aber seit dem 1. Januar ein wöchentlich dreimaliges Erscheinen des Blattes ermöglicht. Weiter haben wir mit sehr erheblichen Kosten für das Blatt in Rattowitz eine neue Druckereianrichtung beschafft und außerdem subventionieren wir regelmäßig mehrere Kolporteurs, die für die Verbreitung des Blattes in Oberschlesien tätig sind.

Der vom Parteitag eingesetzte Bildungsausschuss soll gemäß dem Beschlusse des Parteitages gemeinsam von Kontrollkommission und Parteivorstand gewählt werden. In der gemeinsamen Sitzung vom 7. November wurden die Genossen David Mainz, Heiman-Berlin, Korn-Riel, Wehring-Leipzig, Schulz-Bremen, Dollmar-München und Klara Zeitkin gewählt. Zum Geschäftsführer des Bildungsausschusses wurde Genosse Schulz bestimmt. Der Tätigkeitsbericht des Bildungsausschusses ist diesem Bericht angefügt.

Der Parteitag hatte weiter beschlossen, daß die Referate über „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ und „Strafrecht und Strafvollzug“ als Broschüren zur Massenverbreitung herausgegeben werden sollten. Infolge der Reichstagswahlen und der dadurch geschaffenen politischen Situation machte sich indes die Verbreitung der Berichte einiger wichtiger Reichstagsverhandlungen notwendig, wodurch die Ausführung dieser Beschlüsse verzögert wurde. Das Referat des Genossen Schulz ist vor kurzem als Broschüre unter dem Titel: „Sozialdemokratie und Schule“ erschienen.

Endlich hat der Parteitag bezüglich der Frage der Lokalanorganisation der Gewerkschaften den Parteivorstand beauftragt, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Resolution des Lübecker Parteitages zu regeln. Im Einverständnis mit der Generalkommission haben wir am 28. März bei der Geschäftskommission der freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften angefragt, ob sie bereit sei, mit uns auf Grundlage des Mannheimer Beschlusses in Verhandlungen einzutreten. Die Geschäftskommission antwortete, daß sie sich zu solcher Verhandlung nicht autorisiert habe; sie werde aber dieserhalb bei allen ihr angeschlossenen Organisationen eine entsprechende Umfrage veranstalten. In Betracht kommen 12 Zentralisationen und 18 lokale Organisationen. In der Umfrage wurde den Organisationen folgende Fragen vorgelegt:

1. Soll die Geschäftskommission im Sinne des Parteivorstandes Schreibens überhaupt in Verhandlungen eintreten?
  2. Ist in eurer Organisation Meinung vorhanden, sich mit dem zuständigen Zentralverband zu verschmelzen?
  3. Werdet ihr unter Umgehung der Geschäftskommission in Verhandlungen treten, die den Anschluß eurer Organisation an die Zentralverbände bezwecken?
- Am 31. Mai teilte uns die Geschäftskommission das Ergebnis dieser Umfrage mit. Die Frage 1 wurde von 5 Organisationen mit Ja beantwortet, von einer nur bedingungsweise; eine überließ es der Geschäftskommission und eine weitere wollte erst später Stellung nehmen. Die Fragen 2 und 3 wurden von 2 Organisationen bejaht. Am Schlusse ihres Schreibens bemerkt die Geschäftskommission:
- „Indem wir dem Parteivorstand dieses Resultat unterbreiten, stellen wir zu gleicher Zeit anheim, die Schlüsse selber ziehen und nach eigenem Ermessen handeln zu wollen.“

Dendlicher erklärte sich die Geschäftskommission in einem Artikel in Nr. 26 der „Einigkeit“ vom 29. Juni. Es wurde darin die mit uns in der Sache geführte Korrespondenz veröffentlicht und am Schlusse folgendes bemerkt:

„Für uns ist diese Angelegenheit hauptsächlich bis zum 5. Kongress erledigt, wenigstens haben wir nicht Lust, durch fortwährende Gängelungsversuche von außen her die Fortentwicklung der freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften jähren und lähmend zu lassen und dabei noch selber mitzumachen. Dem das Programm und die Anschauungen, die in der freien Vereinigung vertreten und propagiert werden, nicht paßt und wer bestrebt ist, das Leben freier und anderer Gründe willen in die reformerischen Zentralverbände, die sich der Protection der sozialdemokratischen Partei und deren gemeinsamen Kampfbünde, einschließlich der Kommissionsmission, einzufügen, wird der Weg geben. Wir stehen auch wie vor auf dem Boden der Beschlüsse des 7. Kongresses, trotz Gabel, Mannheimer und des Gen. Mit solidarischem Gruß! Für die Geschäftskommission: Fritz Kauer.“

Wir hielten es für zweckmäßig, nachdem noch ein zweites Verbot zu unterbreiten und werden uns in einem

Schreiben direkt an sämtliche der Geschäftskommission angeschlossene Organisationen. In diesem Schreiben haben wir unter Hinweis auf die durch die Verhältnisse gebotene Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen dringend ersucht, noch einmal die in Frage kommenden Parteitagbeschlüsse ernstlich in Erwägung zu ziehen und uns mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit seien. Das Ergebnis dieser Umfrage lag bei der Abfassung dieses Berichts noch nicht abgeschlossen vor.

### Organisation.

Die Parteiorganisation hat im letzten Jahre einen glänzenden Aufschwung genommen. Das Wort von der „niedergerittenen“ Sozialdemokratie konnte nicht abgehen werden, als es durch die mächtige Erstarkung unserer Kampforganisation geschehen ist. Stellt man die Mitgliederzahl von diesem Jahre in Vergleich zu der vorjährigen, so ergibt sich:

|                 |                        |
|-----------------|------------------------|
| 1907            | Mitgliederzahl 530 466 |
| 1904            | Mitgliederzahl 384 327 |
| Zunahme 146 139 |                        |

Das ist eine Zunahme von 38,0 Proz. Ein schönes Zeugnis für den Fleiß und die Energie unserer Parteigenossen.

Nach den Berichten der Bezirks- und Landesorganisationen ist die Partei zur Zeit zu 13 Reichstagswahlkreisen ohne organisatorische Verbindung. Es entfallen davon auf die Agitationsbezirke: Breslau 3 Wahlkreise, Ostpreußen, Köln, Oberlangensielau, Posen je 2, Bielefeld, Reg je 1.

In 46 Wahlkreisen haben wir Vertrauensmänner, aber noch keine Vereinsorganisationen. Von diesen Wahlkreisen entfallen auf die Agitationsbezirke: Posen 8 Wahlkreise, Bielefeld 8, Ostpreußen 6, Westpreußen, Köln je 4, Breslau, Rattowitz, Reg je 3, Oberlangensielau, Elberfeld je 2, Magdeburg, Dortmund und Nordbayern je 1.

In den 17 Wahlkreisen, die dem Agitationsbezirk Südbayern unterstehen, ist die Kreisorganisation noch nicht durchgeführt. Über den Mitgliederstand in diesen Kreisen hat uns die Bezirksleitung Angaben gemacht. Die Kreisorganisation soll in nächster Zeit durchgeführt werden. In den 7 mecklenburgischen Wahlkreisen ist aus vereinsgesellschaftlichen Gründen eine geschlossene Organisation nicht möglich.

Von den verbleibenden 314 Wahlkreisen haben uns 292 über die Organisationsverhältnisse berichtet. Trotz mehrfacher dringender Mahnungen waren von den übrigen Wahlkreisen bis zum äußersten Termin Angaben nicht zu erlangen. Im vorigen Jahre hatten 16 von diesen Wahlkreisen Angaben über den Mitgliederstand gemacht. In 8 von den 292 Wahlkreisen, die berichtet haben, ist die Kreisorganisation noch nicht durchgeführt.

Im Einvernehmen mit den Organisationsleitungen haben wir im letzten Jahre für 7 weitere Bezirks- bzw. Landesorganisationen Parteisekretäre angestellt, und zwar für: Westpreußen Gröben - Danzig; Breslau Schölich-Breslau; Magdeburg Weins-Magdeburg; Bielefeld Klingenhausen-Bielefeld; Braunschweig Antik-Braunschweig. Die neugeschaffenen Sekretärstellen für Oldenburg und Elbe-Lothringen sind zurzeit noch nicht besetzt. Im ganzen sind jetzt in 33 Agitationsbezirken Parteisekretäre tätig.

Die Organisationen der größeren Wahlkreise gehen auch immer mehr dazu über, zur Führung ihrer Geschäfte Sekretäre anzustellen. Zurzeit haben folgende Wahlkreise Sekretäre angestellt: Breslau-Li und -West, Magdeburg, Nördersleben-Golbe, Halle, Finneberg, Hannover, Bielefeld, Dortmund, Bochum, Köln, Elberfeld, Düsseldorf, Gien, Rülheim a. Rh., Krefeld, Hagen, Frankfurt a. M., Nürnberg, Erlangen-Fürth, München, Dresden-Land, Mannheim, Offenbach, Darmstadt, Wesen, Bremen je einen, Leipzig-Breslau, Berlin IV je zwei.

Über die Beitragseinkünfte der Mitglieder haben 25 Wahlkreise Angaben gemacht. Davon erheben 25 einen einheitlichen Beitrag. In 27 Wahlkreisen ist die Beitragshöhe abgefragt. Es handelt sich da in der Regel um Wahlkreise, die von den in den Landorten wohnenden Mitgliedern einen geringeren Beitrag erheben, als von den in den Städten wohnenden. Auch von den weiblichen Mitgliedern wird in der Regel ein geringerer Beitrag erhoben; meistens beträgt er die Hälfte von dem der männlichen Mitglieder.

Im letzten Jahre ist in einer erheblichen Anzahl von Wahlkreisen der Mitgliederbeitrag erhöht worden. Bei den gesteigerten großen Anforderungen, die der Kampf an die Partei stellt, ist dies sehr zu begrüßen. Die mit dem 1. Juli in Kraft getretenen Beitragserhöhungen sind in unserer Aufstellung berücksichtigt worden.

Im März hat eine Konferenz der Sekretäre bzw. Leiter unserer Bezirks- und Landesorganisationen stattgefunden, auf der man sich mit Fragen der Organisation und Agitation beschäftigte. Der Verlauf der Konferenz war recht befriedigend. Die Anregungen, die sich aus der dort geführten Aussprache ergaben, sind später bei der Agitationsarbeit nutzbar gemacht worden.

Schiedsgerichte gemäß § 27 des Organisationsstatuts mußten wir in 49 Fällen berufen. Die Ausschlußanträge wurden von den Schiedsgerichten in 16 Fällen abgelehnt, in 6 Fällen konnte der Streit durch Vergleich erledigt werden und in 13 Fällen erklärten die Angeeschuldigten vor Zutritt der Schiedsgerichte ihren Austritt aus der Partei oder unterließen die Ernennung von Schiedsgerichtsmitgliedern. Der Ausschluß der Angeeschuldigten aus der Partei erfolgte in 14 Fällen. Soweit diese Urteile für die Partei allgemeinen Interesse haben, sind sie in der Parteipresse veröffentlicht worden, so daß sich hier deren Besprechung erübrigt. Wir müssen aber, ebenso wie im vorjährigen Bericht, den Parteigenossen dringend empfehlen, bei der Stellung von Ausschlußanträgen gegen Genossen vorzüglich zu sein, d. h. nur dann die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu beantragen, wenn die Voraussetzungen des § 2 des Organisationsstatuts tatsächlich gegeben und ausreichende Beweismittel vorhanden sind.

### Agitation.

Anfang Oktober beschloß der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion zu erlöchen, beim Wiederauftreten der Reichstags die Regierung wegen der Fleißnot zu interpellieren. Zugleich wurden die Organisationsleitungen ersucht, mit einer entsprechenden Agitation durch Flugblattverbreitung und Abhaltung von Massenversammlungen der Aktion zur Hilfe zu kommen. Ein von uns herausgegebenes Flugblatt wurde im Reiche in einer Auflage von circa 3 Millionen verbreitet; einer großen Anzahl von Kreisen wurde es unentgeltlich geliefert.

Gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften wurde zu Anfang November eine umfassende Agitation für den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Heimarbeitererschutz-Gesetzentwurf eingeleitet. Unter den Heimarbeitern und Arbeiterinnen wurde ein Flugblatt verbreitet und im Anschluß hieran fanden in den Bezirken mit Heimarbeiter-Verfammlungen statt, in denen man sich mit dem Heimarbeiterchutz beschäftigte. Die dort beschlossenen Resolutionen wurden dem Reichstag zur Kenntnis gebracht. Die in Aussicht stehende Beratung des Gesetzentwurfes ist jedoch durch die Reichstagsauflösung vereitelt worden. Wann der neue Reichstag sich mit dem so dringend notwendigen Schutz der Heimarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen wird, steht dahin. Bisher hat er in seiner „nationalen Begeisterung“ dazu noch keine Zeit gefunden.

Nach den Reichstagswahlen wurden auf unsere Veranlassung die stenographischen Berichte der Reichstagsdebatten, in denen über den Reichshaushalt und über die Interpellation wegen der Wahlmagnationen der Regierung verhandelt worden war, von der Buchhandlung Vorwärts als Agitationsbroschüren herausgegeben. Außerdem sind noch die einzelnen Reden unserer Genossen als Flugchriften zur Massenverbreitung erschienen. Die Rede des Genossen Richard Fischer vom 15. März wurde noch besonders als vierseitiges Flugblatt herausgegeben, das unter dem Titel „Der Wahlschwandel vor dem Reichstage“ in einer Auflage von 237 000 Exemplaren im Reiche verbreitet worden ist.

Nach der Tagung des Reichstags haben wir den Genossen die Verbreitung des von uns herausgegebenen Flugblattes: „Kückblick und Ausblick. Ein Wort an das deutsche Volk“ empfohlen.

Zur regelmäßigen Agitation wurde den Genossen, die darum nachsuchten, in weitgehendem Maße Material zur Verfügung gestellt. So wurden u. a. unentgeltlich abgegeben: „Nieder mit den Sozialdemokraten“ in 50 000 Exemplaren; „In den einzelnen, auf den es nicht ankommt“ in 27 400; „Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat“ in 24 000; „Ziele und Wege“ in 9600; „Die Lebensmittelpölle und die indirekten Steuern“ in 7100; „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ in 3400; „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie“ (Wedel) in 1500 und „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“ in 1000 Exemplaren.

Neue Agitationschriften, die als Flugchriften zur Massenverbreitung Verwendung finden sollen, werden in nächster Zeit erscheinen. Sie sollen sich mit der Stellung der Partei zu einzelnen wichtigen Fragen beschäftigen, so z. B. zur Arbeiterversicherung, zum Arbeiterschutz und zur sozialen Reform; zur kapitalistischen Wirtschaft; zur Schule

reiner zu sein brauchen. Bricht es zu erwischen, dass die deutsche Arbeit krank den Tag, die arbeitslose die Nacht. Soll man ergründen, ob dieser Krieg die Wahrheit enthält, dürfte es wenig sein, diese Wahrheit zu bezeugen. Falls Sie doch eine Antwort geben, so werden Sie mich nicht das begehrt ist von Ihnen als von Dem, dem ich durch diese Zeiten um Sie verlor. Gen. Ist wieder unglücklich der, die keine Antwort mehr haben, grüßte und kommissarisch.“

Wir haben Sie, die er schreibt, hätte Ray die Regierung keine Antwort machen.

„Allerdings ein wichtiger Brief“, hat er, und betraute das Blatt von allen Seiten. „Aber ungeschicklich, im Hinblick — aber die Hand ist eine Dummheit, auch offenbar ein wenig veraltet. Die Antworten werden nicht erlassen.“

„Genau“, bedingte Guter in Ehrlich. „Das Schreiben kommt von einer Dame.“

„Sagst Du mir?“

„Ich erkenne die Schrift, mag der Verfassung. Diese Schrift, die die Partei entscheidend beeinflussen kann, wird nicht anders gemacht haben als Gen. Schöler — wenn ich auch nicht bemerkt, wie sie gerade zu so schillernder Persönlichkeit gelangen kann.“

„Gen. Schöler?“ hat der Parteivorstand in gewohnter Bewegung. „Sagst Du das genau?“

„Ich weiß nicht, doch ich weiß, wie. Wir haben sie oft genug mit ihrer eigenartigen Schrift entgegengenommen.“

„Schöler hat sich manchmal ähnlich — und die Schrift — denn eine Dame kann sich nicht in Frage — hat überhaupt ihre Hand verliert.“

„Wann aber dürfte ich wissen zu ja, obwohl gar kein Gebot in diesem Zusammenhang an sie vorliegt? Das kann ja mit der Schriftführung und meines Vaters Schrift zu tun haben?“

„Betrachte mehr als Du denkst“, erwiderte Ray sanft. „Ich weiß nicht, was ich genauer über die Schrift dieses Briefes sagen kann.“

„Dann?“

„Wahrscheinlich ein Versehen.“

„Gen. Schöler hat seine eigene Schrift. Er schreibt den Brief, Ray — das ist die Schrift, die ich vor einem Jahr in der Zeitung gesehen habe, als er

ladung zu ihrem Geburtstag. Ist das nicht dieselbe Schrift? Ja, noch mehr — derselbe Briefbogen?“

„War veralltäglich beide Briefe mit einander und nicht mit dem Kopf.“

„Da kann allerdings kein Zweifel abmalen — ja, ja, die Herkunft des Schreibens ist zur Gänze erwiesen.“

„Aber was kann Gertrud für Beweggründe gehabt haben?“

„Solche der allerwichtigsten Art, Gertrud. Darüber laß mich schweigen. Ich weiß von der Sache mehr, als Du ahnst — das arme Mädchen scheint in der Tat von ihrer Körperlichkeit zu diesem schmerzlichen unnatürlichen Schritte gedrungen worden zu sein. Jedoch Dir darüber vorläufig nicht den Kopf zerbrechen. Sag uns lieber den Inhalt des Briefes mitteilen.“

Die Schreiberin drückt sich äußerst vorzüglich aus, es ist mehr ein Reklamé als ein Brief. Wenn die Mitteilung was unbesen nützen soll, müssen wir sie in verständlicher Weise übertragen.“

„Da wirst Du gespannt darauf: Ich verlese kein Wort von dem Briefe.“

„Das macht, weil Du kein Parteibeamter bist. Wenn Du erst einige Jahre Frau Polizeibeamterin wärest, würdest Du es schon anders werden.“ Die Schreiberin sagt: „Wenn die Umstände ihres Vaters ergründet werden soll, muß die Polizei so hoch hinauf gehen, als die Möglichkeit vorliegt. Das geht auf den ersten Blick wie eine ganz allgemeine Redensart aus, mir der nicht angeschlossen ist, und doch ist der Sinn unklar zu erraten. Es heißt, wir müssen die Lösung des Geheimnisses, alle das Verbot der Polizeibeamter, auf der höchsten Stelle suchen, die es überhaupt hier gibt. Wo aber auf dem Platzen oder vielmehr auf dem höchsten Platzen.“

„Das wäre ja eben auf dem Polizeiberg?“

„Ja — und das ist, was mich einigmaßen verblüfft. Ich glaube die höchsten Stellen haben dafür gefunden zu haben, daß das Verbot auf einer anderen Stelle liegt. Doch was ich meiner Sache noch nicht ganz sicher.“

„Wann aber Deine Prüfung nicht kommt?“

„Ein Monat. Das erweist aber auch der nächste Schritt.“ Er las ihn vor: „Dunkles Begonnen hat die Verhandlung von Seiten, die aber nicht immer voranzutreiben zu sein brauchen.“ „Aber, Gertrud, was haben wir denn hier ein Ding, das einer Dame spricht, als auf dem Polizeiberg die Leiter des schmerzlichen alten Geheimnisses, das ja

etwa 30 Jahren nicht mehr benutzt und dem Zahn der Zeit überlassen wird?“

„Grete sah betroffen vor sich hin.“

„Ich bewundere Deinen Scharsinn, Ray.“

„Arbeit — dazu gehört kein Scharsinn, sondern nur Lokalkennntnis. Auch die übrigen Bemerkungen sind leicht verständlich. Die Schreiberin warnt vor den Fallstrickern, da diese natürlich vor nichts zurückschrecken, und teilt mit, daß diese ihre Arbeiten in der Nacht ausführen, was ja eigentlich selbstverständlich ist.“

„Wirst Du so handeln, wie es hier vorgeschlagen wird?“

„Ich weiß noch nicht. Laß mir den Brief hier, ich muß über ihn nachdenken. Und vergiß nicht — er legte den Finger auf die Lippen.“

„Sei unbesorgt“, beruhigte sie ihn und erhob sich, um Karten zu melden, daß sie fertig seien.“

Sobald Ray in seinem Zimmer angelangt war, holte er den Brief nochmals hervor und studierte ihn mit besonderer Sorgfalt. Sodann breitete er die Generalstabkarte der Gegend vor sich aus und vertiefte sich in die Topographie des Postfeldberges und seiner Umgebung. Bald lehnte er sich jedoch in seinen Stuhl zurück, um zu überlegen, wie er sich dieser neuen und überraschenden Wendung der Dinge gegenüber zu verhalten habe. Durfte er der in so mysteriöser Form an ihn gelangten Mitteilung vertrauen? Daß das Schreiben von Gertrud Schöler herrührte, unterlag keinem Zweifel. Und dieses junge Mädchen verdiente Glauben, sie stand im Begriffe, selbst ein Opfer jener Verbrechen zu werden, deren Urheber zu suchen er hierher gekommen, sie konnte aus diesem Grunde recht gut in die näheren Geheimnisse des Falles eingeweiht sein. Jedenfalls hob der Brief auch die letzten Bedenken, die er noch bezüglich der Beteiligung Schölers und Jarakoffs gehegt hatte. Allerdings zeigte das Schreiben seinen Forschungen plötzlich und unerwartet eine ganz andere Richtung — aber auch dieser scheinbar bestrebliche Umstand ließ eine leichte Erklärung zu.

Die Fallstricker konnten recht gut zwei Schlagswinkel haben, vielleicht trafen sie sich in der Nähe der Bergkante nur zum Zwecke irgendwelcher Besprechungen, während die eigentliche Verstecke an einem einsamen und abgelegenen Orte zu suchen war, und dazu war der Postberg mit der Natur des alten Schlosses entschieden vortrefflich geeignet.

(Fortsetzung folgt.)



Wissenschaft und Kunst; zum wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Proletariat und zu ähnlichen Fragen.

Agitationskaleender wurden auch in diesem Jahre wieder für mehrere Agitationsbezirke von uns geliefert, oder es sind doch die Herstellungskosten von uns getragen worden. So für Ost- und Westpreußen, Mecklenburg, Pommern, Hessen-Nassau und den Bezirk Oberlangensielau.

Zur Förderung der Weiterbildung der Genossen haben wir solchen Parteilosen kleine Bibliotheken geliefert, die sich aus eigenen Mitteln eine Bibliothek nicht beschaffen konnten. Solche Bibliotheken wurden an 64 Orte abgegeben. — Die im vorjährigen Bericht schon angekündigte Anleitung zum Selbststudium der Genossen befindet sich im Druck.

Den schwächeren Agitationsbezirken wird zur Agitation regelmäßige finanzielle Beihilfe gewährt, die, wie der Kassenbericht zeigt, zum Teil sehr hoch ist.

Um der Nachfrage nach bekannten Rednern genügen zu können, haben wir Anfang Juni die jetzigen und die früheren Reichstagsabgeordneten der Partei gebeten, sich uns, soweit wie möglich, zur mündlichen Agitation zur Verfügung zu stellen. Von den Befragten hat ein Teil leider nicht geantwortet, 20 waren durch Berufsgeschäfte oder Krankheit verhindert und 10 stellten sich zu längerer Agitationstour zur Verfügung; sie wurden von uns auf die verschiedenen Bezirke verteilt.

Ein Handbuch zum Gebrauche für unsere Agitatoren: „Die Wahlkämpfe der bürgerlichen Parteien“, ist in der Presse. Darin werden auf Grund des gegnerischen Materials die immer wiederkehrenden Verleumdungen der Partei und deren Vertreter übersichtlich zusammengestellt und zurückgewiesen. — Die Zusammenstellung der von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage seit dessen Bestehen eingebrachten Anträge und Gelegenheitswürfe erfordert eine recht umfangreiche Arbeit. In nächster Zeit wird aber auch dieses Werk erscheinen.

Die „Partei-Correspondenz“ ist zu einem wichtigen Hilfsmittel in der Agitation geworden. Sie erscheint in einer Auflage von circa 3000 und wird unseren Rednern, den Reichstags- und Landtagsabgeordneten, den Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftsblätter und den Organisationsleitungen regelmäßig zugeföhrt. Es erhalten also alle Genossen, die leitend in die Agitation eingreifen, die „Partei-Correspondenz“. Da diese lediglich eine Materialiensquelle für unsere Agitatoren sein soll, konnten weitergehende Wünsche, die übrigens nur ganz vereinzelt geltend gemacht wurden, nicht berücksichtigt werden. Die Redaktion war bestrebt, den Bedürfnissen der Genossen in weitgehendstem Maße Rechnung zu tragen. An Stelle des Genossen Grünwald, der nur vorübergehend in die Redaktion eingetreten war, ist Genosse D. Stücken getreten.

## Internationale Gewerkschafts-Kongresse.

### Zweite internationale Handlungsgehilfen-Konferenz.

Stuttgart, 21. August.

Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht der Internationalen Auskunftsstelle. 2. Vereinigung der Internationalen Auskunftsstelle mit der „Federation Internationale des Employes“, Sig. Gen. 3. Sozialreform oder Selbsthilfe. Vertreten sind folgende der Internationalen Auskunftsstelle angeschlossene Organisationen: Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Österreichs in Wien (Delegierte sind: Pichl, Klein, Kollinitsch, Abeles, Kollaczek, Blum und Löwy); Allgemeiner Bund der Handels- und Kontorbediensteten, Amsterdam (Niermeyer und Timmen); Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Schülfinnen, Sig. Hamburg (Josephsohn, Lange und Schimmel); Fachverein der Handlungsangestellten Ungarns, Budapest (Weiß) und der Schilfenvereine in Warschau. Vertreter haben nicht entsandt: der schwedische Handelsangestelltenverein in Stockholm, der serbische Schilfenverband in Belgrad, der kroatisch-slavonische Schilfenverein in Ugram und die russischen Schilfenvereine in Lodz und Rowno. Als Gäste sind anwesend namens der Federation Internationale des Employes (Sig. Gen.): Troclet-Brüssel, Turner-London und Nykstedt-Kopenhagen; namens der Federation Nationale des Employes (Sig. Paris): Rozier Paris; namens des Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten (Sig. Prag): Stein-Prag. Außerdem sind einige russische Schilfenvereine durch Gäste vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung einigt man sich dahin, daß für künftige Konferenzen der Internationalen Auskunftsstelle bis zur definitiven Regelung jedes Land bis zu drei Delegierten entsenden darf; die Abstimmung geschieht derart, daß jedem Land eine Stimme zugebilligt wird. Den Geschäftsbericht erstattet Josephsohn-Hamburg. Der Kassenbericht ist von Kollinitsch, Timmen und Weiß geprüft und wird von der Konferenz anerkannt. Die Konferenz nimmt weiterhin einstimmig vom dem Geschäftsbericht Kenntnis und geht über den Protest des Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten in Prag wegen Nichtzulassung zur Internationalen Auskunftsstelle aus prinzipiellen Gründen zur Tagesordnung über. Unter Zustimmung der Konferenz spricht der Vorsitzende den Wunsch aus, daß sich die Prager und Wiener Kollegen vereinigen.

Bezüglich der Vereinigung der Internationalen Auskunftsstelle mit der Federation internationale des Employes weist Josephsohn-Hamburg darauf hin, daß die Federation ihren Charakter seit drei Jahren etwas verändert habe. Insbesondere gehören ihr jetzt in der Hauptsache nur Handlungsgehilfen-Organisationen an, und zwar solche, die nicht den harmlosmedienartigen Charakter tragen wie die bürgerlichen Schilfenvereine Deutschlands, sondern gegen die Prinzipalität Stellung nehmen.

Es liegt der Konferenz eine Resolution vor, in der es heißt:

„Die Konferenz beauftragt zur Herbeiführung der Vereinigung die Leitung der Internationalen Auskunftsstelle (I. A. S.), zusammen mit dem Exekutivkomitee der Federation internationale des Employes einen gemeinsamen internationalen Kongress der beiden Stellen angeschlossenen Organisationen einzuberufen. Vorbehalten bleibt, daß zu den Verhandlungen des gemeinsamen Kongresses nur solche Delegierte zugelassen werden, deren Mandate vom Kongress selbst anerkannt sind. Für die Prüfung der Mandate soll die strikte Durchführung der Resolution 7 des Londoner Kongresses maßgebend sein, betreffend die Bedingungen, die die nationalen Verbände erfüllen müssen, um der Federation internationale des Employes angeschlossen sein zu können.“

Troclet-Brüssel begrüßt die eventuelle Vereinigung der Hamburger Auskunftsstelle mit der Genetzer Federation, für welche die Beschlüsse des Londoner Kongresses der Federation eine Grundlage seien, wenn er auch zugibt, daß sie nicht sehr bestimmt gefaßt sind. Es sei aber doch so, daß sich die Entscheidung der Genetzer Federation den Auffassungen der Hamburger Auskunftsstelle gemäß habe, insbesondere auch innerhalb der Federation der Streit als

Kampfmittel anerkannt worden sei. Niermeyer-Amsterdam gibt zwar zu, daß die Ausführungen Troclets durchaus ehrlich gemeint seien, bezweifelt aber, daß die Leitung der Genetzer Federation auch dementsprechend handeln werde. Pichl-Wien äußert gleichfalls Bedenken; er meint, daß keine Gewähr geboten sei, daß man es bei der Genetzer Federation mit einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Korporation zu tun habe. Troclet-Brüssel sagt in längerer Ausführungen, daß die Leitung der Genetzer Federation auch für Durchführung der Londoner Kongressbeschlüsse sorgen werde. Ähnlich äußert sich Turner-London.

Von einer Abstimmung über die Resolution wird wegen mangelnder Klärung der Situation abgesehen, die nationalen Organisationen sollen sich zunächst näher kennen lernen.

Zu Punkt „Sozialreform und Selbsthilfe“ wird nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die zweite internationale Konferenz der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen erklärt, daß über den notwendigen Kampf um Schutzgesetze für die Handlungsangestellten die Schaffung von starken gewerkschaftlichen Organisationen nicht vernachlässigt werden darf. Die Geschichte der Sozialreform aller Länder beweist, daß diese Sozialreform nicht genügt, um eine durchgreifende Besserung der Lage der Handlungsangestellten herbeizuföhren. Entweder entsprechen die von der herrschenden Klasse erlassenen Schutzgesetze in keiner Weise den Forderungen der Handlungsangestellten, oder aber sie stehen nur auf dem Papier, werden von den Organen der sogenannten Kulturstaaten nicht zur Anwendung gebracht. Aber selbst die weitgehendste Sozialreform könnte die Handlungsangestellten nur moralisch heben, an ihrem materiellen Elend, das aus ungenügender Entlohnung resultiert, würde durch feinerer Sozialreform etwas geändert werden.“

Deshalb fordert die Konferenz die Handlungsgehilfen aller Länder auf, mehr wie bisher und unablässig an dem Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation zu arbeiten, um aus eigener Kraft zu erringen, was ihnen die Sozialreform nicht bringt und nicht bringen kann — eine allseitige, moralische und materielle Verbesserung ihrer Lage!

In diesem Kampfe um Schutzgesetze wie um Erhöhung des Lohnes können die Handlungsangestellten nur siegen, wenn sie sich mit allen übrigen Lohnarbeitern solidarisch erklären. Darum erucht die Konferenz die organisierten Handlungsgehilfen, sich überall den Institutionen der organisierten Arbeiter anzuschließen.“

Troclet und Rozier dankten namens der französischen und belgischen Organisationen für freundliche Aufnahme. Josephsohn versicherte die Gäste kameradschaftlicher Gesinnung und schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die nationale und internationale Handlungsgehilfenbewegung.

## Soziales und Parteileben.

### Streits und Lohnbewegungen.

Der Ausstand im Bergischen Elektrizitätswerk zu Solingen ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Es fanden sich so viel Kauskreiser, daß die Direktion die Hungerperücke über die Ausständigen lustig schwingen konnte. — Die Klemperner und Installateure in Essen sind in den Ausstand getreten. Einige Unternehmer haben den vom Metallarbeiterverband vorgelegten Tarif anerkannt. Bei ihnen wird weitergearbeitet. — Achtung, Metallarbeiter! In auswärtigen Zeitungen werden von Leipziger Firmen Metallarbeiter gesucht. Da die Leipziger Berufskollegen in einer Lohnbewegung stehen und bereits ihre Kündigung eingereicht haben, die diese Woche abläuft, wird dringend gebeten, jeden Zugang fernzuhalten. — Die Barbier- und Friseurgehilfen in Weiden beschloßen, am 2. September in den Streit zu treten, wenn bis dahin nicht die geforderte 25 prozentige Lohnerhöhung bewilligt ist. — Der Streik in der Filzindustrie zu Hartha hat einen größeren Umfang angenommen. Am Montag traten die Schuhmacher und Hilfsarbeiter in den Ausstand, so daß am nächsten Montag circa 400 Mann am Ausstand beteiligt sind. Von seiten der Gutmacher wurde am Dienstag, den 20. August, durch ein Vorstandsmittglied zum dritten Male vorgeprochen, um zu einem Resultat zu kommen. Leider vergebens. — Konfektionsarbeiter-Aussperrung. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, erfolgte die allgemeine Aussperrung der Konfektionsarbeiter in Aschaffenburg, wobei 2000 Personen in Betracht kommen.

Ein preussisches Kontraktbruchgesetz in Sicht. Wie der „Vorwärts“ aus Ostpreußen berichtet, hat der Landrat des Kreises Labiau eine amtliche Verfügung an die ländlichen Polizeibehörden erlassen. Gegen kontraktbrüchige Landarbeiter, auch wenn es ausländische Arbeiter sind, soll noch schärfer als bisher vorgegangen werden. In der Verfügung kommt folgender Passus vor: „Bestrafung der Arbeitgeber, welche Kontraktbrüchige in Arbeit nehmen und Zwangsmassnahmen gegen solche Arbeiter ergreifen sind nach dem Stande der heutigen Gesetzgebung nicht mehr zulässig. Ich ersuche jedoch die Behörde um Anzeige jedes derartigen zu ihrer Kenntnis kommenden Falles, da er die Grundlage sonstiger amtlicher Entschliessungen bilden kann.“ Hiernach scheint es, daß man Material zu einem Kontraktbruchgesetz sammelt.

Kein Terrorismus. Der Verband deutscher Kachelofenfabrikanten hält am 12. September in Berlin eine außerordentliche Verbandsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht auch ein Antrag, daß die Mitglieder bei Aussperrungen verpflichtet sein sollen, die Warenlieferung während der Aussperrung einzustellen. Dieser Antrag ist zweifellos auf das Betreiben der Unternehmerverbände im Baugewerbe zurückzuführen, die durch vollständige Absperrung aller Materialien die widerspenstigen Elemente in ihren Reihen zwingen wollen, sich an der Aussperrung zu beteiligen. Bekanntlich ist dies schon bei dem Kampf im Berliner Baugewerbe versucht worden, wo man die Wörtelwerke, Holz- und Trägerlieferanten zur Materialsperrung veranlassen wollte, allerdings mit negativem Erfolg. Gegen diesen Terrorismus schreitet natürlich kein Staatsanwalt ein.

Der Streik der Töpfer in Nürnberg ist nach 20tägiger Dauer beendet. Die Arbeiter haben einen großen Teil ihrer Forderungen bewilligt erhalten.

Die drohende Bauarbeiter-Aussperrung in Nürnberg. Die bürgerliche Presse verbreitet die Nachricht, die Aussperrung sei deshalb angebrohen, weil die 130 streikenden Bauarbeiter die Entlassung 10 Nichtorganisirter forderten. Das ist Schwindel. Davon ist keine Rede. Die Streitenden forderten nur die Entlassung zweier Kollegen, die sich außerordentlich schloß gegen die übrigen Mitarbeiter benommen haben. Nicht einmal die Entlassung der beiden wurde verlangt, sondern nur die Verlesung an einen anderen Arbeitsplatz. — Für Freitag nachmittag haben sämtliche Bauarbeiter Arbeitsruhe proklamiert, um in einer Versammlung zur bevorstehenden Aussperrung Stellung zu nehmen. Der Zentralvorstandende W. Meißner ist in Nürnberg eingetroffen.

Zwei Streiks bayerischer Textilarbeiter beendet. Der Streik der Textilarbeiter in Geres ist nach neunwöchiger Dauer mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Die Arbeiter wurden bekanntlich zum Streik gezwungen, weil der Fabrikant Rogler, der gleichzeitig Bürgermeister des Ortes ist, ihnen das Koalitionsrecht freitig machen wollte. Durch Maßregelungen der alten Arbeiter und Einschüchterung der Jugendlichen mittels Mißbrauch seiner amtlichen Autorität wollte er sein Ziel erreichen. Jetzt hat der stellvertretende Bürgermeister des Ortes, Kolb, zwischen dem Textilarbeiterverband und dem Unternehmer vermittelt. Das Resultat war folgende Einigung: Strafen werden nur noch bei grobem Verschulden der Arbeiter ausgesprochen, die Hälfte der bisherigen Prämien wird zum Lohnschlag geschlagen; ein Arbeiterausschuß wird eingesetzt, Differenzpunkte, die durch den Fabrikatsschuß und den Betriebsinhaber nicht beseitigt werden können, sind in einer Verhandlung, zu der je ein Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisation zugezogen werden sollen, zu begleichen. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt, es steht ihnen frei, sich zu organisieren. — Einen gleich schönen Sieg erfochten nach zehntägigem Streik die Arbeiter der Firma Röder in Ansbach. Der Streik war eine Folge des schuftigen Verhaltens eines Ausharbeiters und Denunzianten. Da der Unternehmer sich weigerte, ihn zu entlassen, kam es zum Ausstand. Man einigte sich schließlich auf folgende Bedingungen: Der Ausharbeiter wird beurlaubt, Einführung der 14tägigen Kündigungsfrist (seither vier Wochen), Abschluß eines Lohnvertrages auf zwei Jahre (enthalten unter anderem eine 20prozentige Lohnerhöhung für Jacquardweber). Selbstverständlich wird der Denunziant, der den Streik veranlaßte, von seinem „Urlaub“ nicht wieder zurückkehren.

Wie man in Nürnberg die Wohnungsnot aus der Welt schaffen wollte. Vor 14 Tagen wurde von dem ersten Bürgermeister in Nürnberg das Resultat einer Zählung leerstehender Wohnungen bekannt gegeben. Darnach sollen 105 Kleinwohnungen im Preise bis zu 250 Mark leerstehen haben. Angesichts des Jahresresultats könne von einer Wohnungsnot nicht gesprochen werden, nur von einer Wohnungsnot in der Höhe — so diktierte bürgermeisterliche Weisheit. Nun stellt sich heraus, daß Lagerräume und Geschäftskontaktilitäten als „leerstehende Kleinwohnungen“ in die Statistik mit aufgenommen wurden. Jetzt begreifen die Obdachlosen erst das Rätsel, daß sie, obwohl viele Kleinwohnungen leer stehen sollen, trotz tagelangen Suchens keine finden konnten.

Arbeiterverrat betreiben die Christlichen während der Lohnbewegung in der Anilin-Fabrik in Ludwigshafen. Sie lehnten ein Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften ab und erklärten an einem ausbrechenden Streik nicht teilzunehmen. Gleichzeitig betreiben sie um eine Lohnzulage, die sie für ihren Verrat glauben verdient zu haben.

Gemeine Anwürfe der „Christen“ gegen den Genossen Gue. In Nr. 191 der „Westfälischen Volksztg.“ und mehreren anderen Zentrumsblättern wird von einem Mitgliede des Vorstandes des Gewerksvereins „Christlicher Bergarbeiter, Effert, ein Artikel veröffentlicht, in dem der Sekretär des alten Bergarbeiter-Verbandes, Reichstagsabgeordneter Genosse Gue, offen beschuldigt wird, er hätte für das scharfmacherische Unternehmerblatt „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ Artikel über die Bergarbeiterbewegung geschrieben. Genosse Gue hat sofort an dieses Blatt das Ersuchen gerichtet, sich über diese Beschuldigung doch zu erklären, und hat daraufhin folgenden Brief erhalten:

Essen, den 21. August 1907.

Herrn Verbandssekretär Otto Gue

Wohnum

Wiemelhauerstr. 38-42

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihr Schreiben vom 21. d. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir leider nicht in der Lage sind, uns über den gegen Sie erhobenen Vorwurf, Sie hätten für die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ Artikel gegen die Einigkeit der Bergleute geschrieben, in unserer Zeitung öffentlich zu äußern, da wir grundsätzlich unsjer Erklärungen veröffentlicht, an denen weder die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ein Interesse hat, noch auch ihr Verleumdung.

Zugegen geben wir Ihnen mit diesem Schreiben gern die gewünschte Erklärung, daß Sie niemals Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ waren, noch jemals einen Artikel, der die Bergarbeiterbewegung in irgend einer Sache besprach, für die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ geschrieben haben.

Wir stellen Ihnen anheim, von diesem Schreiben nach Ihrem Gutdünken Gebrauch zu machen.

Hochachtungsvoll

Redaktion

der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“

Essen-Kuhr.

Dr. Wilh. R. Doerflinger-Voppart.

Damit ist vor der Hand die christliche Verleumdertaktik an den Pranger gestellt. Die Herren werden nun noch Gelegenheit haben, den angeblichen Beweis für ihre christliche Beschuldigung zu erbringen.

Die 13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes tagt am 14. Oktober und folgende Tage in Bielefeld. Die Tagesordnung lautet: Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses. Die Taktik der Lohnbewegungen. Der Heimarbeiterschutz in der deutschen Tabakindustrie. Beratung aller auf Statutenänderung vorliegenden Anträge. Beratung sonstiger Anträge. Wahl des Vorstandes und des Vorsitzenden des Ausschusses.

Der Streik in Antwerpen. Der Arbeitgeberterband beschloß gegenüber dem Ausstand der Hafenarbeiter Widerstand bis aufs äußerste und bewilligte 1 Million Frank zur Deckung der Kosten.

Von der Parteipresse. Der Geschäftsbericht des Volksblattes für Anhalt zu Dessau hebt hervor, daß der Umfang des Blattes pro Nummer im Berichtsjahr durchschnittlich 6,6 Seiten betrug gegen 6,4 Seiten des Vorjahres. Lange werde es nicht mehr dauern, daß das Blatt regelmäßig achteitig erscheine. Die Einführung der Segmashinenschrift hat den redaktionellen Inhalt um ein volles Zehntel vermehrt. Zum erstenmal wurden im Umfang des Volksblattes (zu dem der der Arbeiterdruckerei nicht gehört) die 100000 Mk. überschritten. Der Reingewinn beläuft sich auf 3498,63 Mk.

Nach zum dritten Male. Der zum dritten Male mit großer Mehrheit von der Gemeindevorstellung des reichlichen Dorfes Hohenlösen als Gemeindevorsteher wiedergewählte Genosse Herzog ist zum dritten Male wegen ausgesprochener sozialdemokratischer Gesinnung von der Preussischen Regierung nicht bestätigt worden! Wahrheitsliebend wird nun die Regierung von Amtswegen einen Gemeindevorsteher ernennen.

Nationalliberale als Urkundenfälscher. Der Redakteur der Weimarer Volkszeitung, Genosse Pfeiffer, wurde wegen eines im letzten Wahlkampfe veröffentlichten Inserats mit der Überschrift: Die Nationalliberalen als Urkundenfälscher, von der Weimarer Straßammer zu 60 Mk. Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängnis verurteilt.



